

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 23. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Ausgleich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Das Erstaunlichste an dem Ausgleich, der vergangenen Mittwoch in den beiden Parlamenten, im österreichischen Reichsrat und im ungarischen Reichstag, eingebracht wurde, ist unzweifelhaft die Tatsache, daß er zustande gekommen ist. Zwar betrifft der überwiegende Teil der Gesamtvereinbarungen, die man mit dem Namen „Ausgleich“ benennt, nüchternere, wirtschaftliche Dinge, wie sie mehr oder minder auch vereinbart werden zwischen Staaten, die einander völlig fremd gegenüberstehen, aber das Verhältnis zwischen den zwei Staaten, die zusammen ein Reich bilden, ist bis ins Mark so vergiftet, und alles, was damit zusammenhängt, ist so in Verruf gekommen, daß Verträge, die zwischen unabhängigen Staaten ohne besondere Kraftanstrengung zuwege gebracht werden könnten, zwischen Oesterreich und Ungarn zu den unerwarteten Glücksfällen gehören. Ueber den Ausgleich wird nun an die zwölf Jahre verhandelt, und wenn es schon zu einer Vereinbarung gekommen war, stellten sich der Gesezwerdung in den Parlamenten unübersteigbare Hindernisse entgegen. Jetzt aber liegt ein Uebereinkommen vor, das — wie immer man seinen Inhalt beurteilen mag — jedenfalls den großen Vorzug besitzt, so ziemlich allen strittigen Problemen die Lösung zu bringen. Die Frage ist nun, wie das Schicksal der Vereinbarung der Regierungen in den Parlamenten sein wird.

Was man mit dem abgekürzten und wenig zutreffenden Namen „Ausgleich“ bezeichnet, das ist im Wesen die Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den zwei Staaten des Dualismus, die weder eine Einheit sind, noch sich als ganz freie Staaten gegenüberstehen. Ausgleich wird diese Ordnung genannt, weil sie im Jahre 1867, dem Geburtsjahr der dualistischen Verfassung, die Periode des Konflikts zwischen Ungarn und Habsburg abschloß, die alten Streitigkeiten ausgleichen sollte. Theoretisch sind beide Staaten in ihren wirtschaftlichen Beziehungen frei und unabhängig und die Gemeinsamkeit mannigfacher wirtschaftlicher Institutionen, ihre Einheit in Zoll- und handelspolitischer Hinsicht wird nur durch Vertrag hergestellt. Ebenso ist die Gemeinsamkeit des Münzfußes, der Währung und der Notenbank (Oesterreich-ungarische Bank), die Gemeinsamkeit der Grundzüge und der Verwaltung der Verzehrungssteuern, kurz alles, was die beiden Länder außer dem nicht durch Vertrag änderbaren staatsrechtlichen Dualismus (Armee und auswärtige Vertretung) gemeinsam haben, Frucht nur der Verträge, muß also, nach Ablauf der Verträge, von neuem vereinbart werden. Diese Vereinbarungen werden gemeinhin auf zehn Jahre geschlossen und ihre Erneuerung und Umgestaltung ist eben das, was sich unter dem schon sagenhaft gewordenen „Ausgleich“ birgt. Bis 1897 ist die „Ausgleicherei“ leidlich gegangen; der damals fällige Ausgleich aber kam infolge der in Oesterreich ausgebrochenen Parlamentskrise auf dem normalen Wege nicht mehr zu stande.

An die Stelle des durch Geseze hergestellten Vertrages trat vielmehr die der Form nach „selbständige Regelung“ mit Bürgschaft der Gegenseitigkeit, die in Ungarn durch Gesez, in Oesterreich durch eine der berichtigten § 14-Berordnungen vollzogen wurde. Diese „Regelung“ läuft nun Ende 1907 ab, und der jetzt zwischen den Regierungen abgeschlossene Ausgleich soll an ihre Stelle treten.

Der neue Ausgleich wird die Zolleinheit beibehalten und den den Handelsverträgen vom Jahre 1906 zugrunde liegenden Zolltarif übernehmen. Für das Ausland ändert sich also bis zum Ablauf der mit Oesterreich-Ungarn geschlossenen Verträge nichts. Formell erfährt die Zolleinheit insofern eine Veränderung, als das Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Ungarn fortan nicht mehr das überlieferte „Zoll- und Handels-Bündnis“ ist, vielmehr bloß ein „Vertrag über die Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen“ genannt wird, was auch die Umtaufung des Zolltarifs bedingt, der nun nicht mehr der „gemeinsame“ Tarif, sondern der „Vertragstarif der Staaten der Oesterreich-ungarischen Monarchie“ heißt. Es ist das beinahe eine Sinnlosigkeit, hat aber doch die Bedeutung, daß damit weder die Gemeinsamkeit noch die Selbständigkeit dieser Staaten beschminkt wird. Mit den Änderungen der Bezeichnungen steht im Zusammenhang, daß Verträge fortan, wenn sie nicht ausschließlich in französischer Sprache ausgestellt werden, in deutscher und in ungarischer Sprache ausgefertigt werden müssen, welche beide Ausfertigungen dann Originaltexte sind; weiter daß Verträge, die Oesterreich-Ungarn abschließt, neben dem die gemeinsame Monarchie vertretenden Minister des Aeußeren (oder seinem Vertreter) von Vertretern beider Regierungen unterzeichnet werden müssen. Vorläufig ist mit diesen staatsrechtlichen Änderungen nichts anderes getan, als daß das Bedürfnis Ungarns nach deutlicherer Ausprägung seiner Staatlichkeit erfüllt wird, die Änderungen können aber in zehn Jahren, wenn es sich darum handeln wird, einen neuen Zolltarif festzusetzen und neue Handelsverträge abzuschließen, leicht auch praktische Bedeutung gewinnen. Früher hat man in Oesterreich solchen magyarischen Extrabarganen den bestmöglichen Widerstand entgegengesetzt und Ungarn den Verzicht auf

sie mit materiellen Opfern abzukaufen gesucht. Die Regierung bed aber war so klug, sich auf den „großösterreichischen“ Bahn nicht einzulassen; sie hat eher die magyarischen Wünsche nach staatsrechtlichen Eroberungen begünstigt und statt für den Verzicht zu zahlen, sich das Zugeständnis bezahlen lassen.

Die Zolleinheit ist natürlich das weitaus Wichtigste des Ausgleiches. Ihre Bedeutung liegt darin, daß Oesterreich den ungarischen Markt für seinen Industrieüberschuß, Ungarn den österreichischen für seine agrarische Produktion behält, was sich in Ziffern so ausdrückt, daß sich dadurch ein Verkehr von zwei Milliarden ungehemmt entfalten kann. Der neue Vertrag währt bis 1917; er läuft da ab, braucht also nicht gesündigt zu werden und kann nicht stillschweigend verlängert werden. Die Zolleinheit bedarf nach ihrem Ablauf eines neuen Vertrages, für den die Verhandlungen spätestens Anfang 1915 beginnen müssen.

Die neuen Vereinbarungen über den Handelsverkehr haben im allgemeinen kein größeres Interesse; sie lehnen sich zumeist an die bisherigen Bestimmungen an und ändern sie nur so weit, als es die Technik des Handelsverkehrs gebietet. Bei den Verzehrungssteuern (auf Bier, Branntwein, Petroleum und Zucker) erhält jeder Staat fortan mehr Freiheit; es werden unter gegenseitige Bedingungen nur jene grundsätzlichen Besteuerungsbestimmungen gestellt, welche die Gleichartigkeit der Konkurrenzbedingungen sichern sollen. Die aus der Brüsseler Konvention entfallende Surtaxe auf Zucker wird ihrer Bedeutung entkleidet. Es handelt sich hierbei um die Förderung Ungarns, seine Zuckermagnaten vor der österreichischen Konkurrenz zu schützen, was dadurch erreicht werden sollte, daß für die Einfuhr von Zucker aus einem Staate in den anderen eine Gebühr von 3/4 Kronen für 100 Kilogramm erhoben würde; da es aber ebenso oblos als schwierig wäre, einen Zoll bei der Einfuhr zu erheben, soll die Gebühr bei der Ausfuhr, also von dem eigenen Staate, eingehoben werden. Gegenüber der Vereinbarung, die zwischen Kroatien und Szeged geschlossen wurde (die aber noch nie in Geltung trat), bringt das neue Uebereinkommen die Erleichterung, daß von der Entrichtung der Gebühr freibleiben im Verkehr aus Oesterreich mit Ungarn 225000 Meterzentner, im Verkehr aus Ungarn nach Oesterreich 50000 Meterzentner Zucker.

Die Bindung der Eisenbahntarife, die bisher galt und auch in den Vereinbarungen zwischen Kroatien und Szeged (die aber, wohl gemerkt, allzusammen nur „schätzbares Material“ blieben) erschien, wird beseitigt. Wichtig ist die Vereinbarung, die Oesterreich den Ausbau seiner dalmatinischen Bahn nach Kroatien sichert, was ohne Zustimmung Ungarns nicht möglich war, da das österreichische Kroatland Dalmatien an das übrige Oesterreich nirgendwo grenzt, der Weg dorthin nur über ungarisches (kroatisches) Gebiet führt. Als Gegenleistung bewilligt Oesterreich auf der Kaschau-Oderberger Bahn den Bau eines zweiten Gleises, das dem Bedürfnisse Ungarns, für das diese einzige Verbindung mit dem Deutschen Reiche so wichtig ist, Rechnung tragen soll. Den von Ungarn geforderten direkten Anschluß dieser Bahn zur preussischen Staatsbahn von Oderberg zur Reichsgrenze bei Annaberg hat Oesterreich natürlich nicht bewilligen können; die geographische Gunst, Ungarn gegen Europa abzuschließen, konnte es nicht preisgeben. Durch ein besonderes Uebereinkommen wird dann ausgetauscht die Befreiung ungarischer Staatsrenten von der Rentensteuer in Oesterreich gegen die Aufhebung der ungarischen Transportsteuer auf der Donau. Weiter ist eine neue sehr agrarische Veterinärkonvention vereinbart und sind verschiedene autonome Geseze (in Ungarn ein Gesez gegen Weinsälschung und eines gegen den Schwindel auf der Fruchtbörse, in Oesterreich gegen die Fälschung von Tolayer Weinen) ausbedungen worden. Das alles sind nützliche Vereinbarungen, die sich in der Bilanz auch so ziemlich ausgleichen und wobei der Nutzen des einen Staates kein Nachteil für den anderen ist. Eine wichtige Neuerung besteht auch darin, daß Differenzen über die Auslegung der vereinbarten Bestimmungen, soweit sie Rechts- und nicht Interessenfragen betreffen, künftig durch ein inappellables Schiedsgericht ausgetragen werden sollen. Die Zusammenfassung dieses Schiedsgerichts ist eine Leistung menschlichen Scharfsinns; da tömten die Herren im Haag was lernen. Jeder der beiden Staaten nämlich bestellt aus seinen Staatsangehörigen vier ständige Schiedsrichter, von denen er für den einzelnen Streitfall zwei auswählt. Wie wird aber der D h m a n n gefunden? Aus einer ständigen Liste, die folgendermaßen ausgelegt wird: Die österreichische Regierung bezeichnet aus den obersten richterlichen Kreisen Ungarns fünf Persönlichkeiten; die ungarische Regierung ebenso viel aus denselben Kreisen Oesterreichs. Aus den von der ungarischen Regierung bezeichneten fünf Oesterreichern wählt die österreichische zwei, die ungarische bestimmt zwei aus dem österreichischen Vorschlag. Diese vier bilden die ständige Liste, aus welcher der schließliche Obmann durchs Los bestimmt wird! Wie man sieht, ungemein scharfsinnig, aber zum Schluß entscheidet doch das Los, also der Zufall.

Vertagt wurde die Bankfrage. Das Privilegium der Notenbank läuft allerdings erst Ende 1910 ab, und eigentlich können sich die Regierungen über die Frage der Verlängerung der Bankgemeinschaft erst dann unterhalten, wenn ihnen die Erklärung der Bank vorliegen wird, daß sie auf die Erneuerung der Bewilligung rechnet (was im Laufe des nächsten Jahres geschehen wird). Aber die Regierungen

haben sich auf diese Formalität zurückgezogen, weil die Lösung der Frage gerade jetzt den größten Schwierigkeiten begegnet. In Ungarn ist nämlich die Errichtung einer eigenen, selbständigen Notenbank sehr populär; aber die Sache ist so gefährlich, daß sich ein so gewiegter Finanzmann wie Herr Dr. Weterle auf das Experiment nicht einlassen mag. Je weiter die Zeit vorgeschritten sein wird, desto schwieriger wird die Errichtung einer eigenen Bank, und so hofft man, daß dann die Chauvinisten in Budapest leichter Raision annehmen werden, als es jetzt zu erwarten wäre. Es ist also bloß vereinbart worden, daß, wenn die Gemeinsamkeit der Bank aufhört (was auch das Erlöschen des Münzvertrages herbeiführen würde) die wechselseitigen staatsfinanziellen Leistungen in der Goldkrone, also in effektivem Golde, geleistet werden müssen. Die Aufnahme der Verzählungen, die ja auch derzeit — angesichts der schwierigen Geldverhältnisse in ganz Europa — fast unmöglich wäre, ist bis zur Erledigung der Bankfrage vertagt worden, sie soll aber im Falle der Verlängerung der Bankgemeinschaft ersichtlich herbeigeführt werden.

Nicht mit dem wirtschaftlichen Ausgleich zusammenhängend, aber ihm democh einverleibt ist die Frage der Quote, nämlich der Bestimmung des Verhältnisses, in welchem beide Staaten zu den gemeinsamen Ausgaben (Kosten der Armee und der auswärtigen Vertretung) beizutragen haben. Derzeit ist dieses Verhältnis 65,6 Proz. für Oesterreich, 34,4 Proz. für Ungarn. Es wird um zwei Prozent zugunsten Oesterreichs verändert, wäre also demnach 63,6 Proz. für Oesterreich und 34,4 Proz. für Ungarn. Diese Erhöhung ist zur Bedingung des gesamten Ausgleichs gemacht worden; die betreffenden Geseze sollen am 1. Januar nur gleichzeitig mit dem Quotengesetz in Kraft treten. So begründet und so gerechtfertigt diese bescheidene Erhöhung des ungarischen Beitrages auch ist, so wird sie in Ungarn doch mit dem größten Unmut ausgenommen. Der Ausgleich ist eben ein kompliziertes Ding, die Quote aber steht jeder, und es ist eigentlich eine Ironie der Geschichte, daß die Unabhängigkeitspartei, in deren Programm die Auflösung aller Bande steht, welche Ungarn mit Oesterreich verknüpfen, nun die präziseste Bejahung des Dualismus vollziehen soll. . . .

Die Aussichten des Ausgleichs in den beiden Parlamenten lassen sich im Augenblick nicht mit absoluter Gewißheit bestimmen. Immerhin ist es mehr als wahrscheinlich, daß der Ausgleich, der die Notwendigkeit der Dinge für beide Staaten verkörpert, sein Ziel auch in beiden Parlamenten erreichen wird. Er muß bis Ende dieses Jahres fertig werden, und der Kalender wird vielleicht seine beste Unterstützung sein.

Wertschätzung der Lehrer in Preußen.

Im Laufe der vorigen Session ist die frühere Einberufung des Landtags wiederholt mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Reform des Lehrerbefoldungsgesezes angekündigt worden. Er soll nun Anfang Dezember zusammentreten. Ob das verheißene Gesez eingebracht werden wird, darüber verläutet zurück nicht; möglich, daß die Lehrer infolge des Wechsels im Kultusministerium wieder auf ein oder mehrere Jahre vertröstet werden!

Daß eine Revision des Lehrerbefoldungsgesezes dringend erforderlich ist, darüber sind sich selbst die Konfessionen, denen man doch wahrlich keine besondere Lehrerfreundlichkeit nachrühmen kann, einig. Auf ihren Antrag hat das Abgeordnetenhaus im Jahre 1906 beschlossen, unmittelbar nach Erlass des Volkshul- unterhaltungsgesezes unter Vereinstellung der erforderlichen Staatsmittel — in eine Revision des Lehrerbefoldungsgesezes einzutreten. Zugleich nahm das Haus einen freikonfessionell-nationalliberalen Antrag an, der nicht nur ein schleunigeres Vorgehen fordert, sondern auch die Grundzüge der Reform andeutet. Der Antrag verlangt, daß die Regierung unter Vereinstellung der dazu erforderlichen Staatsmittel ohne Verzug in eine Revision des Lehrerbefoldungsgesezes zu dem Zwecke eintrete, durch Festsetzung auskömmlicher Grundgehälter und Alterszulagen sowie durch Eröffnung einer Laufbahn im Schuldienste für alle Lehrer die gegenwärtig im Lehrerbefoldungswesen bestehenden Mißstände und ungerechten Ungleichheiten zu beseitigen.

Jahre hindurch hat die Landtagsmehrheit sich den berechtigten Forderungen der Lehrer auf Gehaltserhöhung widersetzt, die „Vollvertreter“ glaubten, durch das Gesez von 1807 ihrer Pflicht Genüge getan zu haben. Hatte man doch großmütig das Mindestgehalt für Lehrer auf 900 M., für provisorisch angestellte Lehrer sogar auf 720 M. festgesetzt! Allerdings sollte dies Mindestgehalt nur eine Ausnahme bilden, aber in Wirklichkeit wurde die Ausnahme bald zur Regel.

Daß die Lehrer damit nicht zufrieden waren, liegt auf der Hand. Jahr für Jahr wandten sie sich mit Petitionen an den Landtag, aber ohne Erfolg. Ja, sie konnten von Glück sagen, wenn die Konfessionen nicht auf die Wehregelheit der Lehrer schimpften, die trotz des fürsüchtigen Gehalts immer neue Ansprüche an die Regierung stellten. Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen immer weniger Kräfte sich dem Lehrerberuf zuwandten und daß der Lehrermangel ständig zunahm!

Jetzt endlich scheint man der Frage der Revision des Lehrerbefoldungsgesezes näher treten zu wollen. Aber kaum ist der Plan in die Öffentlichkeit gedrungen, da erheben sich auch schon wieder Stimmen, die vor einer Erfüllung der Wünsche der Lehrer warnen. Der preussische Lehrertag hat sich für die

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
gebühren über deren Raum 50 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg., Stellengesuche und Schaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über
16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

einseitige Befolgung im ganzen Staat ausgesprochen. Damit ist die „Kreuz-Zeitung“, das führende Organ der Konservativen, nicht einverstanden, sie verlangt, daß die Befolgung an die örtlichen Verhältnisse angepaßt wird. Bei den übrigen Beamten ist das nicht der Fall, für die Lehrer aber soll ein Ausnahmezustand geschaffen werden. Darüber ist das konservative Blatt höchst unzufrieden, es wehrt über den allgemeinen Zug der Zeit nach einer möglichst weitgehenden Gleichmächerei und rät, wenn man schon dem Zuge der Zeit folgen wolle, so solle man wenigstens ein Hinausgehen über das gesetzliche Gehalt verbieten! Mit anderen Worten, die gesetzgebenden Körperschaften sollten sich an den Boden des herkömmlichen Beschlusses stellen. Entschließt man sich hierzu nicht, so wird nach Ansicht der „Kreuz-Zeitung“ jede Aufbesserung des Gehalts in einem Orte die Forderung nach der gleichen Aufbesserung in den übrigen Orten mit Notwendigkeit nach sich ziehen, und von der Ruhe, die von allen wohlmeinenden Staatsbürgern in der Gehaltsfrage herbeigeführt wird, wird weniger die Rede sein als jemals zuvor.

Wie geben dem konservativen Blatt recht, daß eine solche Regelung der Lehrerbefolgung nicht die von ihm herbeigeführte Stufe bringen wird. Damit werden sich weder die Lehrer zufrieden geben, die dadurch nur stellenweise besser, im allgemeinen aber schlechter gestellt werden, noch die Gemeinden, denen dadurch das Recht einer anständigen Befolgung ihrer Lehrkräfte genommen wird. Der wahre Grund des konservativen Widerstandes gegen eine zeitgemäße Reform des Lehrerbefolgungsgesetzes ist in der Furcht zu erblicken, daß die ländlichen Gemeinden und Gutsbezirke, um die Landflucht der Lehrer zu verhindern, etwas tiefer in die Tasche greifen müßten. Um diese Belastung abzumildern, schlägt man ein Abhilfsmittel vor: man preist die Lehrer überall mit Hungergehältern ab, dann werden sie keine Sehnsucht haben, statt auf dem Lande in den Städten zu verhungern!

Wir haben von dem Artikel der „Kreuz-Zeitung“ deshalb Notiz genommen, weil dieser Vorstoß gegen eine vernünftige Reform der Lehrerbefolgung typisch ist für die Geringschätzung, deren sich die Volksschullehrer in den maßgebenden Kreisen Preußens erfreuen. Die geradezu sträfliche Vernachlässigung der preussischen Volksschule zeigt sich nicht zuletzt auch in der Behandlung der Volksschullehrer, für die man andere Grundzüge anstellen will als für die übrigen öffentlichen Beamten. Die Lehrer selbst aber sollten endlich zu der Einsicht gelangen, daß sie von dem Dreiklassenparlament nichts zu erwarten haben. Ihre Hoffnungen werden, wie schon so oft, so auch jetzt wieder zunichte werden.

Wer da nicht hat, dem wird genommen!

Die Berliner Handelskammer hat eine Eingabe an den Finanzminister gerichtet, in der sie gegen die Zustimmung protestiert, daß die Arbeitgeber verpflichtet sein sollen, über das Einkommen ihrer Angestellten Auskunft zu geben, deren Gehalt mehr als 3000 Mark beträgt. Die Eingabe weist — und zwar mit Recht — darauf hin, daß nach dem § 23 des Einkommensteuergesetzes die Arbeitgeber zu solcher Auskunft nicht verpflichtet seien.

Diese Eingabe zeigt den Arbeitern und Kleinen Angehörten wieder einmal, wie ungerecht sogar bei der direkten Besteuerung verfahren wird. Wer über 3000 M. Einkommen hat, unterliegt der Deklarationspflicht, d. h. er hat sein Einkommen selbst der Steuerbehörde anzugeben. Gibt er sein Einkommen niedriger an, als es ist, so verfällt er der Strafe. Aber bekanntlich scheidet die Strafe keineswegs vor der falschen Deklaration, also der Steuerunterschlagung ab. Ist doch, namentlich bei den höheren Einkommen, den Steuerbehörden vielfach gar nicht die Möglichkeit gegeben, die Richtigkeit der Angaben der Deklaration genau nachzuprüfen! Namentlich sind die Arbeitgeber nicht gesetzlich verpflichtet, über das Gehalt derjenigen Angestellten Auskunft zu geben, die mehr als 3000 M. Einkommen haben. Dagegen kann den Arbeitern nach der Neugestaltung des § 23 im Jahre 1906 jeder Pfennig nachgerechnet werden, da ja der Arbeitgeber Auskunft geben muß!

Welch schreiende Ungerechtigkeit also gegenüber den Arbeitern und welche Vergünstigung gegenüber den Besitzenden! Denn daß gerade bei den höheren Einkommen massenhafte Steuerunterschlagungen vorkommen, die niemals ermittelt werden können, wird selbst von konservativer Seite zugegeben. Mache doch erst letzter Tage die „Konf. Korresp.“ gegen die Einführung direkter Steuern neben anderen Gründen auch den geltend, daß es unmöglich sei, das Einkommen stets zutreffend zu fassen! Und trotzdem das unmöglich ist, und gerade in dem Maße unmöglicher wird, in dem das Einkommen steigt, trotzdem wurde gerade von Konservativen und National-Liberalen im Jahre 1906 und 1907 im preussischen Abgeordnetenhaus eine Änderung des § 23 des Einkommensteuergesetzes beschlossen, durch die die Unternehmer verpflichtet werden, den Lohn der Arbeiter der Steuerbehörde auf Heller und Pfennig anzugeben!

Was bei übrigens zu bemerken ist, daß es gerade ein freisinniger Abgeordneter, der Abg. Gerschel war, der den neuen § 23 noch dadurch verschärfte, daß er einen — von den Konservativen und National-Liberalen natürlich mit Freuden akzeptierten und bei der Abstimmung angenommenen — Antrag einbrachte, die Arbeiter, Dienstboten und Gewerbetreibenden zu verpflichten, Auskunft über ihre Arbeitsfräfte und ihren Arbeitgeber zu erteilen! Dieser Antrag sollte verhüten, daß die Ermittlung des Einkommens eines Arbeiters dadurch unmöglich gemacht würde, weil ein Arbeitgeber seine Arbeiter gar nicht alle kenne. Begründete der Freisinnige Gerschel doch nach dem amtlichen Stenogramm seinen Antrag folgendermaßen:

„Was die Arbeitsstätte betrifft, so erkläre ich, daß deren Angabe von mir im Interesse des Arbeitgebers gefordert wird. Denn die Verhältnisse liegen oft so, daß z. B. bei auswärtigen Baumunternehmungen, beim Eisenbahnbau usw. der Arbeitgeber die Arbeiter gar nicht kennt, die bei einzelnen seiner Unternehmungen beschäftigt werden und daß ihm durch Angabe der Arbeitsstätte wenigstens der Fingerzeig gegeben ist, wo er die Arbeiter, über die er Auskunft geben soll, zu suchen hat.“

Man sieht, wie besorgt sich dieser Freisinnige zeigte, der Steuerbehörde nur ja zur Ermittlung des Einkommens der Arbeiter behülflich zu sein!

Zugleich zeigt diese Neugestaltung des § 23, der ursprünglich die Pflicht der Auskunftserteilung der Arbeitgeber über den Lohn der Arbeiter nicht enthielt, wie man in der preussischen Kammer Gesetze zur Vernichtung der Nichtbesitzenden schafft! Und der Kammer den Charakter eines Massenparlamentes zu erhalten, ist unser Freisinn nach Kräften bestrebt!

Der Verrat vollzogen!

Der Vorschlag Barth's ist also definitiv abgelehnt. Die Frankfurter Einigungsversammlung wird eine schamlose Komödie, die Liberalen weigern sich, auch nur das geringste für die Wahlreform zu tun. Das Bureau der freisinnigen Volkspartei teilt mit, daß die Komödie für den 10. November angelegt ist. Gleichzeitig warnt die „Liberales Korrespondenz“ vor einer „Uebererschätzung dieser Versammlung“:

„Die großen Erwartungen“, schreibt sie, „die man vielfach in liberalen Kreisen auf die Versammlung gesetzt hat, dürften übrigens wesentlich herabgestimmt werden durch den Umstand, daß eine Ansprache über die in Aussicht genommenen drei Referate nicht stattfinden soll.“

Nun ist das sehr merkwürdig, daß eine politische Partei eine früher immer mit großer Begeisterung verlangte Kundgebung im vorhinem diskreditiert und bittet, ihre eigenen politischen Veranstaltungen ja nicht zu überschätzen! Diesmal hat es eben den besonderen Grund, daß ein paar ehrsüchtige Freisinnige von dieser Versammlung ein Vorgehen in der preussischen Wahlrechtsfrage erwarteten. Das ist die Uebererschätzung, der Vorgebeugt werden muß!

Doch aber eine parteioffizielle Korrespondenz es als Uebererschätzung bezeichnen muß, von den freisinnigen Parteien ein Vorgehen in der preussischen Wahlrechtsfrage zu erwarten, zeigt besser als alles andere, auf welches Niveau die Volkspolitiker die Freisinnigen bereits gebracht hat.

Nun wollen wir gern gestehen: von einer Partei, die von Leuten wie Biemer, Kopsch und Fischel geführt wird, ist ja alles zu erwarten. Für diese Unbetrachtlichkeiten ist es ja tatsächlich ein Glück, sich nicht mehr bloß Staatsmann zu fühlen im Vergleich mit der südblichen oder östlichen Friedrichstadt, sondern sich Staatsmann zu denken für das Deutsche Reich, wenn auch vorläufig nur durch gnädige Vermittlung des Fürsten Bismarck. Diese Leute, die gar nichts sind durch sich selbst, nichts durch politische Einsicht, Temperament, Persönlichkeit, die einfach „fungible Güter“ sind, jeder dem anderen gleich, wie ein Haisrad dem anderen, sind jetzt natürlich zu allem fähig. Sie werden alles apportieren, was die Regierung befehlt! Winkt doch dafür ein Säckeln Bismarck, ein Empfang in Rorderney, werden sie doch in ihrer dummen Einbildung Mitwisser der Staatsgeheimnisse, Mitregierer des Deutschen Reiches. Mit Spieß fängt man Mäuse und mit Befriedigung ihrer kindischen Eitelkeit die Jammerspiele, die seit Nitzers Tode Führer der deutschen Volkspartei spielen dürfen.

Aber diese Leute werden ja nicht in Frankfurt allein zu entscheiden haben. Wie sieht es denn mit der freisinnigen Vereinigung und der Süddeutschen Volkspartei? Sind wirklich die Herren Schrader, Bayer, Haußmann auf demselben Niveau angelangt wie die Kopsch und Fischel? Oder hält sie das verwerfliche Phantom der „liberalen Einigung“ so sehr gefangen, daß sie nicht mehr sehen, daß vielleicht die Einigung zustande kommen kann, aber sicher erst, nachdem jede Spur von Liberalismus verfliegen ist? Was nützt eine große liberale Partei der Demokratie, wenn in ihr Leute die Führung haben, die unter der Diktatur der „Deutschen Tageszeitung“ stehen! Die liberale Einigung ist nach der Entwicklung, die die freisinnige Volkspartei genommen hat, nicht eine Förderung der Demokratie, sondern bedeutet ihre Preisgabe. Nicht mit den Führern der freisinnigen Volkspartei, sondern nur gegen sie kam eine wirklich ehrlich demokratische Partei gebildet werden, deren Entstehen im Interesse einer freisinnigen ungeführten Entwicklung liegt.

Die Haager Konferenz.

London, 20. Oktober. (Fig. Ver.)

Unter dem Titel „Das Haager Fiasko“ bespricht die „Times“ die Ergebnisse der viermonatigen Beratungen der sogenannten Friedenskonferenz. Das Blatt sagt: „Die zweite Haager Konferenz ist tot und begraben und, wie es oft geschieht, hört sich die Reichenrede, die in feierlicher Weise über die erhabene Leiche gehalten wird, wie Spott über den Toten an. Man verlangt von uns zu glauben, daß dem Recht, der Gerechtigkeit, dem Geiste des Friedens und der internationalen Harmonie ein wirkliches Monument erbaut wurde“. Aber wie die Trauernden wissen, die gestern dort versammelt waren, stellt es eher ein überhäuftes Grab vor, voll von Skeletten und Unreinlichkeiten. Gibt es überhaupt einen stärkeren Kontrast als den zwischen dem Programm und den Ergebnissen, zwischen den Worten und Taten der Konferenz? Mit viel Pomp und Feyerlichkeit kamen die Delegierten zusammen, um eine neue Ära der Rechtsschaffenheit in den Annalen der Menschheitsgeschichte zu eröffnen. Was haben sie getan? Geredet haben sie von Humanität, von Weltfrieden, vom tausendjährigen Reich. Sobald es aber hieß, etwas für diese Ideale zu tun, hat sich dieses „Parlament der Menschheit“ auf die Härte und Hartnäckigkeit der Tatsachen berufen, auf das Gesetz von Tausenden, wie es Baron Marshall nannte und wie es immer in der Welt passiert, wenn man mit Lebensfragen zu tun hat. Alle grandiosen Projekte — mit einer einzelnen Ausnahme des internationalen Preisgerichts — wurden nach und nach beseitigt und einbalsamiert — eine Kollektion von Rummien... Schon beim Beginn der Verhandlungen haben kluge Beobachter vorausgesagt, daß die Konferenz wenig Gutes leisten würde, und bräut die Besorgnis aus, daß sie viel Schlimmes anrichten könnte. Es war nicht schwierig, diese Voraussage zu machen, und sie hat recht gehabt. Die Konferenz war von vornherein zum Mißerfolg bestimmt, da schon ihre Einberufung an sich gegen das Gesetz der Tatsachen verstoß, oder auf englisch gesagt: die Konferenz war ein Trug und hat nur Trugbilder erzeugt... In ihrer amtlichen Eigenschaft benahm sich diese Körperschaft auf eine Art und Weise, als ob es keine unversöhnlichen Gegensätze und Widerstände zwischen den Mächten gäbe. Die Existenz und die Vitterkeit dieser Differenzen sind aber weltbekannt. Es hat keinen Zweck, diese zu verheimlichen oder abzuschwächen. Es sind Tatsachen und man muß ihnen ins Gesicht sehen. Die zweite Haager Konferenz hat diese Differenzen nur allgemeinisiert und offener gemacht. Ueberall standen sich die Großmächte in Gruppen gegenüber und diese Gruppierung entsprach fast immer den umfassenderen Gegensätzen in der Politik... Es ist merkwürdig, wie die Ansichten eines so großen und in allen Fragen der Weltpolitik so durchgebildeten Blattes genau mit denen der deutschen Sozialdemokratie übereinstimmen. Es ist nicht aus Schadenfreude über den Mißerfolg der „Friedenskonferenz“, daß wir die Ausführungen der „Times“ zitieren, sondern um daraus zu lernen, sich vor Illusionen zu schützen.

Wir leben in einer kriegsschwangeren Zeit, und die weltpolitischen Gegensätze sind in allen Großstaaten der Welt sichtbar, vom Osten bis zum Westen und vom Norden bis zum Süden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Oktober 1907.

Die neue Marinevorlage.

Dem „Berl. Tagbl.“ wird von „ununterrichteter Seite“ näheres über die im nächsten Jahre zu erwartende neue Flottenvorlage gemeldet. Die Vorlage werde in erster Linie

die Herabsetzung der Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre bringen. Was besagt, daß sich ein vierzigmillionenschiff bereits nach 20 Jahren, statt wie bisher nach 25 Jahren, durch ein neues ersetzt werden soll. Und die dadurch verursachte beträchtliche Erhöhung des Marinebudgets soll nach der Information des „B. T.“ schon in den nächsten Jahren in Erscheinung treten, indem dann bereits die Ersatzbauten für die in Frage kommenden Schiffe in Angriff genommen werden sollen, die nach dem geltenden Flottengesetz erst entsprechend später ersetzt worden wären. Das Flottengesetz werde also durch ein neues Gesetz eine andere Fassung erhalten. Das heißt ganz nach den Plänen des Flottenvereins!

Ferner werde man künftig höhere Forderungen für den Bau der Unterseeboote stellen, die sich bewährt hätten. Die Marineverwaltung werde sich künftig in der Frage der Unterseeboote nicht mehr abwartend verhalten, sondern „zu einem schnelleren Ausbau der submarinen Verteidigungsmittel schreiten“.

Bekanntlich haben sich seit dem Jahre 1900, dem Jahre der Annahme des zurzeit geltenden Flottengesetzes, die Bau- und Armierungskosten für die Linienschiffe und Panzerkreuzer verdoppelt! Jetzt soll auch in rascherem Tempo gebaut, die Flotte durch die Herabsetzung der Lebensdauer der Schiffe „verjüngt“ werden. Ferner sollen jährlich diverse Millionen mehr für Unterseeboote verlangt werden. Die Erhöhung der Marinekosten um 40 Millionen pro Jahr scheint nach alledem noch viel zu niedrig gegriffen zu sein! —

Reaktionäre Entstellungen!

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ hatten bekanntlich rüchlich des Vereinsrechts betont, Reichsrecht gehe ohne weiteres über Landesrecht. Dies Zugeständnis hatten wir festgenagelt und hervorgehoben, daß das genannte Blatt sich damit auf den Boden der Auffassung stelle, daß der Deutsche Reichstag ohne weiteres das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahl zu allen Landtagen beschließen kann. Demgemäß sollte dieser einfache Weg zur Durchföhrung des gleichen einheitlichen Staatsbürgerrechts in ganz Deutschland auch beschritten werden. Die „Berliner Neuesten Nachr.“ meinen nun, aus staatsrechtlichen Gründen lege die Sache anders. Der Reichstag sei ohne eine Ergänzung des Artikel 4 der Verfassung zu einer solchen Aenderung nicht befugt. Die „Berliner Neuesten Nachr.“ befinden sich da in einem starken logischen und staatsrechtlichen Irrtum. Wäre die staatsrechtliche Ansicht der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zutreffend, so hinderte ja nichts dieselbe schwache Majorität des Reichstages, die für eine Einführung des einheitlichen Staatsbürgerrechts zu haben ist, auch die formelle Ergänzung zum Artikel 4 zu beschließen! Der Einwand hält also logisch nicht Stich!

Staatsrechtlich liegt überdies die Sachlage so, daß auch ohne ausdrückliche Aenderung der Verfassung das Reich befugt ist, jede Materie reichsgesetzlich zu ordnen. Das ist zum Beispiel rüchlich der Kolonialgesetzgebung in einer weit über den Rahmen des Artikel 4 Ziffer 7 hinausgehenden Weise geschehen. Die formellen Einwände des Volkspolitiker-Blattes gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahl zu allen Landtagen sind also eitel Wind. Sie sind umso kurzweiliger, als dasselbe Blatt den durch ein Reichsvereinsgesetz geplanten Verfassungsbruch dem Reich vindiziert, wiewohl das Reich nach den Einleitungsworten der Verfassung einen „ewigen Bund“ „zum Schutz“, nicht zum Bruch „des innerhalb desselben gültigen Rechts“ darstellen soll. Das geltende Verfassungsrecht zu jähmalern ist das Reich nicht befugt, wohl aber das Millionen Staatsbürger in Folge Verfassungsbruchs vorantaltene Wahlrecht zu geben. So steht trotz aller Windungen des Volkspolitiker-Blattes die Rechtslage. —

Rein liberales Zugeständnis!

In einer offiziellen Notiz war kürzlich mitgeteilt worden, daß von der polnischen Enteiungsvorlage abgesehen werden soll und daß, da die Konservativen in dieser Frage unbedingt auf der Seite der Regierung ständen, also für die Zwangsenteignung seien, diese Abstandsnahme ein Zugeständnis an den Liberalismus darstelle. Nun erklärt aber die „Konf. Korresp.“, daß diese Annahme der offiziellen Notiz irrig sei, daß die Konservativen im Gegenteil „große Bedenken“ gegen das Enteignungsprojekt hegten. Es ist also wieder einmal nichts mit dem Zugeständnis an den Liberalismus!

Wir haben bereits vor Monaten die schon damals geäußerten „großen Bedenken“ der konservativen Presse gewürdigt und auch ihre innersten Motive. Die Junter haben einfach deshalb in dem Enteignungsplane ein Haar gefunden, weil durch die Zwangsenteignung polnischer Grundbesitzer den deutschen Agrariern die Möglichkeit erschwert wurde, ihre Güter ganz oder teilweise zu Zuckerpreisen an die Siedelungskommission loszuschlagen. Das angebliche Zugeständnis an die Liberalen besteht also in Wirklichkeit in einer Rücksichtnahme auf die agrarischen Junterinteressen!

Zentrum und Landarbeiter.

Der Rheinische Bauernverein, der fast ausschließlich aus lauter wackelnden Zentrumseuten besteht, hat sich in einer Kreisversammlung in Rheinberg mit der Frage der Landarbeiterorganisation beschäftigt. Die Redner sprachen sich durchweg gegen die Verleihung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter aus. Baron v. Walling forderte die Bauernvereine und die übrigen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen auf, jeder Verstrebung, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu verleißen, auf das entschiedenste entgegenzutreten. Gutsbesitzer Koches wandte sich in scharfer Weise gegen den Zusammenschluß der Landarbeiter zwecks Niederlegung der Arbeit; die Organisation der Landarbeiter sei überflüssig, da die Landwirte ohnehin alle Wünsche erfüllen. Es müsse, da die Verleihung des Streikrechts die Landwirtschaft dem Ruin entgegenführe, jeder von gewisser Seite in dieser Richtung betriebenen Agitation entgegenzutreten werden. Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution an, worin „nachdrücklich und entschieden“ protestiert wird „gegen alle Bestrebungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht zwecks Niederlegung der Arbeit zu verleißen“.

Zur selben Zeit redete der Zentrumabgeordnete Fleischer auf dem Delegiertentage des Diözesanverbandes Trier der katholischen Arbeitervereine über die Organisation der Landarbeiter. Dr. Fleischer will die Landarbeiter organisieren, aber nur in katholischen Arbeitervereinen der Weimarer Richtung, die bekanntlich den Zustand grundsätzlich verwirft. Dr. Fleischer ist in dieser Beziehung konsequenter als die Herren Gleiches und Genossen, die für die Industriearbeiter den Zustand für erlaubt und für notwendig halten, ihn den Landarbeitern aber nur mit so viel Wenn und Aber gewähren, daß in Wirklichkeit nichts davon übrig bleibt. In der von Dr. Fleischer vorgeschlagenen und von der Versammlung einstimmig angenommenen Resolution heißt es:

Der Delegiertentag lehnt es ab, daß die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Konflikte auf gewerblichem und

industriellen Gebiete auf dem Wege wirtschaftlicher Machtkämpfe zum Ausbruch kommen sollen, weil dadurch der an sich schon bedrohte Mittelstand in noch höherem Maße ruiniert, die Konzentration des übermächtigen Großkapitals nur gefördert, das private und öffentliche Wohl gefährdet, die staatliche Ordnung untergraben und der Klassenhaß maßlos gesteigert wird. Er weist die Anwendung wirtschaftlicher Machtkämpfe in der Landwirtschaft angeht, ist insbesondere der Verhältnisse und der damit verbundenen gesteigerten wirtschaftlichen Gefahren die doppelte Entschiedenheit zurück, erwartet vielmehr von einer friedlichen Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in christlichem Geiste sowie der Mitwirkung der Gesetzgebung die Beseitigung der bestehenden Mißstände.

Mit der Zeit sammelt sich eine ganz artige Musterkarte von Zentrumsmeinungen, wie man am schlauesten die Landarbeiter hintergeht. Die Sozialdemokratie sieht den ultramontanen Volksherrschern im Nacken, deshalb müssen sie tun, als ob sie etwas für das Landproletariat übrig hätten. Im Grunde denken sie alle wie die rheinischen Zentrumsbauern.

Männerstolz vor Königsleichen.

Der neudeutsche Byzantinismus lemt vor Lebenden Kaisern, Königen, Großherzogen usw. usw. mitamt ihrer Verwandtschaft längst keine Grenzen. Bekanntlich ist seinerzeit sogar der Reichstagspräsident Graf Vallasstrom in einer offiziellen Stundgebung vor Ehrfurcht erlitten. Von jetzt an soll aber wenigstens nach dem Tode der betreffenden Persönlichkeit den künftigen Mannern wieder Männerstolz gestattet sein. Wenigstens wenn es nach der „Christl. Welt“ geht. Dieses Blatt erklärt unter dem Weisfall einer großen Zahl anderer Blätter, für die diese Dinge sehr wichtig zu sein scheinen, es als höfliche Anstöße, verstorbenen Fürsten als hochselig oder als gar höchst selig zu bezeichnen. Denn die darin sich ändernde Vorstellung, daß im jenseitigen Leben eine Abstufung stattfindet, die von der irdischen Rangordnung bestimmt werde, ist für das christliche Denken und Empfinden durchaus anstößig.

Man sieht, wenn deutsche Staatsbürger der Demokratie teilhaftig werden wollen, müssen sie es mit dem Leben bezahlen. Wir fürchten nur, daß die verschiedenen Hilfslichkeiten, vorausgesetzt, daß sie den Informationen der „Christl. Welt“ Glauben schenken, an dem ganzen Jenseits keine Freude mehr haben werden.

Freisinn-Gewisener.

Am Montag sprach in einem Bezirksverein Herr Dr. Wiemer von der Freisinnigen Volkspartei. Der Blodmilchläufer versicherte, daß sich die Liberalen ihre Taktik weder von Nebel noch von Dornschreiben lassen. Die Versicherung ist ganz überflüssig, da man ohnehin weiß, daß die Taktik der Freisinnigen Volkspartei im wesentlichen durch Herrn Dertel bestimmt wird.

Wichtiger war, was Wiemer über die neuesten Verräterereien mitteilte. Er wurde da noch deutlicher als die „Weserzeitung“. Im Tone der „Deutschen Tagesztg.“ sprach der Freisinnsmann:

„Natürlich können wir als Deutsche es der Reichsregierung nicht verdenken, daß sie mit Rücksicht auf die Bestrebungen der Polen sich auf den richtigen Standpunkt stellt: Das Gesetz darf nicht gegen das Reich gebraucht werden.“ Wir Freisinnigen werden durch die polnische Agitation ebenso bedroht wie alle anderen Parteien und müssen daran denken, daß wir Deutsche sind und bleiben wollen. Dem polnischen Vordringen muß ein Damm entgegengeführt werden.“

Also die Polen sind Uebelthäter (weil sie nämlich das tun, was für den „nationales“ Proletariat selbstverständlich ist, weil sie sich ihr Recht auf ihre Sprache nicht nehmen lassen), die Regierung muß daher gegen die Polen gestreift werden, daher neue Maßregeln und neue Ausnahmengesetze! Der Freisinn ist sich der Verantwortung als Blodpartei bewußt und wird daher offenbar für das Ausnahmengesetz stimmen!

Ueber die neuen Steuern sagte Wiemer, daß ein Branntweinmonopol ihm unannehmbar erscheine. Dagegen sei die Vorlage eines Spiritusmonopols vielsiecht zu erwarten. Der Wiemer versprach nun, sie würden ein Tabakmonopol wie alle Monopole zur Ausbeutung der Konsumenten bekämpfen.

Wir nohenen dieses Versprechen für die Konstatierung des künftigen Verfalls!

Ein Schwarzseher.

Die größte Gefahr bleibt die Sozialdemokratie. Gelingt es in Deutschland nicht, die Sozialdemokratie innerlich zu überwinden, dann wankt der Thron, dann werden Ruinen das Land bedecken. Die Partei hat Einbuße erlitten, von einer innerlichen Ueberwindung kann aber keine Rede sein. Diese Aufgabe ist noch zu erfüllen. Sie kann nicht gelöst werden ohne die Partei, die bisher die Sozialdemokratie am wirksamsten bekämpft hat. Deshalb ist die Erhaltung des Zentrums notwendig.“

So sprach Herr Trimborn in Stolberg auf dem Zentrumsparteiitag für den Regierungsbezirk Kaden. Herr Trimborn, der sonst so Deutlicher ist unter die Schwarzseher gegangen; er sieht die Throne wanken und Ruinen das Land bedecken; er malt den Untergang der Welt an die Wand, um sich und seine Partei als Retter des Vaterlandes anzupreisen. Wer da weiß, wie Herr Trimborn in Köln bei der letzten Reichstagswahl zumute war, daß er schon mit seiner Niederlage gerechnet hatte, der wird lächeln über den eifigen Remonstieren, der sich als den Unüberwindlichen aufstellt.

Wie man christlich-patriotische Arbeiter befehrt.

Im Bredlauer Krawallprozeß (der eine Folge des Blutbades vom 19. April war) wurde neben anderen auch ein im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein organisierter Metallarbeiter mit einer Haft von 14 Tagen belegt. Kürzlich hatte er diese zu verbüßen. Als er aber tags darauf in der Bredlauer Maschinenbauanstalt (vorm. Linde) seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, wurde er barsch zurückgewiesen und ihm mitgeteilt, daß die auf „gute Sitte“ haltende Direktion die Einstellung „bestrafter“ Arbeiter nicht gestattet!

So ist's recht. Das Vergessen und Vergeben“ der Bibel paßt für den Kapitalisten nicht. Natürlich ist dieser Arbeiter jetzt ein für allemal sowohl von seinem Christentum wie von seinem Patriotismus gründlich furiert!

Terrorismus.

In Wiesbaden, wo die famose Schellenbergaffäre gespielt hat, ist ein neuer Verzelelanfall ausgebrochen. Die Stelle des Gefängnisarztes wurde im Nebenamt vom Kreisarzt mitvergeben, der dafür einen Betrag von 600 Mark erhielt. Im Verhältnis zur Zahl der Gefangenen, die durchschnittlich 250 bis 300 beträgt, ist dieser Betrag zu gering, so daß der Kreisarzt sich an das Justizministerium mit der Bitte wandte, daß diese Stelle mit 1000 Mark dotiert werden möge. Die in Frage stehenden Instanzen haben kein Versehen befürwortet.

Kunmehr kam vom Justizministerium die Antwort, die dahin ging, daß festzustellen sei, ob ein anderer Arzt bereit wäre, zu dem niedrigen Gehalt die Stelle zu übernehmen. Es wurde nun die Stelle in den Wiesbadener Blättern ausgeschrieben. Der Staat leitete also, so bemerkt hierzu die „Frankf. Ztg.“, bei Vergebung einer ärztlichen Stelle ein Submissionsverfahren ein, und zwar gegenüber einem seiner eigenen Beamten, der bereits über 15 Jahre die Stelle bekleidet hat. Der Kreisarzt hat jetzt selbst die Lösung des Vertrages beantragt.

Der Bezirksvertragsverein der Kreisämter erkläre nunmehr die Annahme dieser Stelle für jeden anderen Arzt für unannehmbar und verhängte die Sperre. Daraus ersieht die Regierung dem Kreisassistentenarzt den amtlichen Auftrag, sich um die Stelle zu bewerben, obwohl dieser ausschließlich Bakteriologe ist und seit vielen Jahren der ärztlichen Praxis fernbleibt.

Zunächst ist dazu zu bemerken, daß die Aufforderung an einen Bakteriologen, medizinische Praxis auszuüben, eine Verleitung zur Gesundheitsgefährdung ist. Dann aber ist es ein Musterbeispiel für Terrorismus. Das Ministerium gebraucht seine wirtschaftliche Macht, um den Arzt zu einer unstandesgemäßen und damit, nach den Begriffen seiner Kollegen, christlichen Handlung zu zwingen.

Und das redet dann über sozialdemokratischen Terrorismus!

Frankreich.

Die Deputiertenkammer nahm gestern (Dienstag) ihre Verhandlungen wieder auf. Ueber die erste Sitzung wird berichtet: Präsident Brisson eröffnet die Sitzung für eröffnet, widmet den Soldaten, die in Marokko im Interesse der Zivilisation gestorben seien, einen Nachruf und gibt dem Schmerz des Landes wegen der Katastrophe im Süden Ausdruck. (Weisfall.) Hierauf wurde auf Freitag die Besprechung der Interpellationen über die nationale Verteidigung und auf den 8. November die Besprechungen der Interpellationen über Marokko festgesetzt und so dann die Sitzung geschlossen.

Die russische Revolution.

Wortgeschichte.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Petersburg, 21. Oktober. 27 West von hier entfernt führten Jagdbühnen in der Nähe des Schienenweges bei Pawlowo einen Jäger zu einer mit Stroh, Erde, Lehm und Planen bedeckten Stelle. Beim Abräumen fand man verschiedene Grabinstrumente und stieß auf zwei Männer, welche damit beschäftigt waren, eine Mine zu graben. Die Leute trugen Pläne für die Mine bei sich sowie Telegramme von Komplizen, in denen diese sich nach dem Gange der Arbeiten erkundigten. Sie wurden beide verhaftet und der Gendarmarie in Jaroslaw-Selsko übergeben.

Die aus Privatmeldungen hervorgeht, glaubt die russische Polizei, hier einem Komplott gegen den Zaren und dessen Familie auf die Spur gekommen zu sein. Jedenfalls ordnete sie sofort Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Petersburg an, denen auch mehrere Ausländer zum Opfer fielen. Hunderte von Verdächtigen“ sollen in den Kerker geworfen sein. Bis jetzt aber war dem Kombinations- und Spähsinn der Polizei kein Erfolg beschieden, wie u. a. aus folgender Depesche hervorgeht:

Stachow, 21. Oktober. Dem Swenska Telegrambyran wird aus Helsinki gemeldet:

Auf dem finnischen Bahnhof in Petersburg verhaftete die Gendarmarie die finnische Schriftstellerin Frau Aino Malmberg sowie eine Amerikanerin, die sich in ihrer Begleitung befand. Die Amerikanerin wurde auf Intervention des amerikanischen Konsuls später wieder freigelassen. Gleichzeitig wurden in der Moskauerstraße drei Finnen, der Adokat Gummerns, der Redakteur Lidermann und der Student Steinbäck verhaftet. Die in den Wohnungen der Verhafteten vorgenommenen Hausdurchsuchungen verliefen ergebnislos.

Merkwürdig, daß die russische Polizei das Glück hat, solche „Komplotts“ gerade dann immer zu entdecken, wenn sie ihr ganz besonders gut in den Kram passen: vor einer Dumaauflösung, einem Duma zusammentritt u. dergl. Merkwürdig — sehr merkwürdig!

Die Kadetten auf dem Marsche nach rechts.

Vor einiger Zeit hat der Kadettenführer Miskoff in der „Netsch“ aus Anlaß einer unbedeutenden Polemik der „Linken“, d. h. der Sozialdemokratie, in aller Form den Krieg erklärt. Früher, so führte er aus, hatten wir, die K. D., links Freunde und Verbündete; jetzt aber sind sie unsere Feinde, und es wäre wenig gesteht von uns, wenn wir auch weiter den Esel auf unserem Rücken fortzuschleppen würden! Die labettische Partei — so führte er schließlich aus — werde hoffentlich im verantwortungsvollen Augenblick den Mut finden, die unbedeuten Last abzuwälzen.

Der Sinn dieser Erklärung ist deutlich genug: Die Kadetten sagen sich stierlich von jeglicher Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie los. Angehts der Wahlen heißt es aber, daß sie mit ihr auch keine Wahlbündnisse mehr treffen wollen, was in der vorigen Wahlkampagne noch öfter der Fall gewesen ist. Da aber andererseits aus den bisherigen Wahlergebnissen klar hervorgeht, daß die K. D. lange nicht stark genug sind, um sich auf der letzten Wahlsstufe selbstständig durchzusetzen, so lag der Gedanke nahe, die Kadetten würden nunmehr Anschluß nach rechts suchen.

Dies ist denn auch wirklich eingetroffen: Die Kadetten stehen im Begriff, sich den von ihnen so oft als reaktionär, antikonstitutionell usw. verschrieenen Oktoberisten in die Arme zu werfen. Vor wenigen Tagen veröffentlichte der bekannte Parteiführer M. Stachowitsch — halb „friedlicher Erneuerer“, halb linker Oktoberist in der „Netsch“ einen offenen Brief, in dem er sich eifrig für ein Wahlbündnis der Kadetten mit den Oktoberisten zum Zweck der Zurückdrängung der „Echt-Russischen“ ins Zeug legt. Und siehe da! Anlaß sich energisch gegen diese Zumutung einer Waffenbrüderschaft mit den nächsten Selbstverwandten der „Echt-Russischen“ zu wehren, begleitet die „Netsch“ diesen Brief mit den heftigsten Komplimenten, empfiehlt sie ihn aufs wärmste der Aufmerksamkeit ihrer Leser: als einen beachtenswerten, realpolitischen, tatsächlichen Plan usw.! Gar manchen, besonders aber dem harmlosen Towaritsch, der sich über den Grund des wüthenden Aufstoßens des labettischen Sozialistenbündes den Kopf zerbrach, gingen jetzt die Augen auf über den verborgenen Sinn der Miskoff'schen Erklärung. In den Augen der Oktoberisten ist es nämlich der Kadetten größter Fehler, daß sie trotz aller Begeisterung und Verleumdung der Sozialdemokratie bei den Wahlen oftmals mit ihr gemeinsame Sache gemacht haben, und die gemäßigtere Zeitung „Slovo“, die sich schon seit längerer Zeit abmüht, eine Ceiratspartie zwischen Kadetten und Oktoberisten zustande zu bringen, stellt als conditio sine qua non einen Versuch der Kadetten mit der „Linken“ auf. Nun — jetzt haben die Kadetten diese Bedingung angenommen!

Tatsächlich bedeutet dies aber mehr als einen bloßen Bruch mit der „Linken“, sondern — wie wir sagten — einen regelrechten Krieg. Denn einerseits wird die Sozialdemokratie den mit Oktoberisten praktizierenden Kadetten jegliche Unterstützung versagen müssen, andererseits aber ist es klar, daß der labettisch-oktoberistische Block seine Spitze nicht nur nach rechts, gegen die „Echt-Russischen“, ziehen wird — dafür würde ein großer Teil der Oktoberisten, namentlich in der Provinz, nicht zu haben sein —, sondern mindestens ebenso sehr nach links, gegen die Sozialdemokratie, die man auf diese Weise aus dem Sattel zu heben hofft.

Diese Situation konnte für niemand, der auch nur mit geringer Aufmerksamkeit die Evolution der labettischen Partei verfolgt hat, unerwartet kommen. Auf dem „unentwegten“ Marsche nach rechts ist ein Wahlbündnis mit den Oktoberisten ein Schritt, der früher oder später kommen mußte und der das wahre Gesicht der Kadetten nur noch deutlicher offenbart.

„Außergewöhnliches“ Leichenbegängnis.

Von der Wiege bis zur Bahre und über das Grab hinaus nimmt die königlich preussische Polizei und Staatsanwaltschaft den Staatsbürger in Schutz. Dieser Schutz äußert sich oft in einer Art, die schmerzlicher Beeinträchtigung der Rechte der Staatsbürger, falls diese Arbeiter sind, verzweifelt ähnlich sieht. Das zeigte

auch folgende Verhandlung, in der gestern selbst das Kammergericht gegen die Polizei und Staatsanwaltschaft entscheiden mußte.

Auf dem Friedhof in Elmshagen bei Kiel wurde der Genosse Natke, der durch einen Unfall ums Leben gekommen war, unter sehr zahlreicher Beteiligung am 30. Dezember 1906 beerdigt. Schon als sich der Leichenzug von der Gaardener Kapelle nach Elmshagen zu bewegte, erregte die Polizei unliebsames Aufsehen. Die roten Schleifen mußten von den Kränzen entfernt und zwei rote Fahnen zusammengerollt werden. Gleich stellten die Polizeibeamten in Aussicht, daß auf dem Kirchhof absolut nichts gesprochen werden dürfe. Am Grab sprach der Vertreter des sozialdemokratischen Vereins eine kurze Widmung. Als Ruht vom Metallarbeiterverband dasselbe getan, trat ein Gendarm direkt an die Kränze heran und verlangte von Ruht die Angabe seiner Personalien. Den Vertreter der Freien Turnerschaft riß ein Polizist, der seine Absicht, zu reden, bemerkte, vom Grab, nachdem er ihm vorher den Mund zugehalten hatte! — Die Uebelthäter, die am Grab ein paar Worte gesprochen hatten, erhielten förmlich Strafmandate, weil sie die §§ 9, 10 und 17, Abs. 2 des Vereinsgesetzes dadurch übertreten hätten, daß sie bei einem außergewöhnlichen Leichenbegängnis, beziehungsweise einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel als Redner aufgetreten seien, obwohl eine behördliche Erlaubnis nicht erteilt war. (Außergewöhnliche Leichenbegängnisse unterfallen bekanntlich den Bestimmungen des Vereinsgesetzes über öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und über öffentliche Aufzüge.)

In der Berufungsinstanz, vor dem Landgericht Kiel, erzielten die Angeklagten Ruht und Schade ihre Freisprechung. Das Landgericht führte aus: Die 600 bis 700 Teilnehmer hätten zum größten Teil aus Vereinen bestanden, die ihre Vereinsfahnen mit sich führten. Die Aufforderung eines Polizeigeranten, die roten Schleifen der Kränze zusammenzurollen beziehungsweise abzunehmen, sei willig befolgt worden. Am Grab habe der Vertreter des sozialdemokratischen Wahlvereins von Gaarden und umgebend „im Namen des sozialdemokratischen Wahlvereins“ den Kranz niedergelegt. Ruht habe gesagt: „Im Namen des Deutschen Metallarbeiterverbandes lege ich den Kranz nieder.“ Und Schade habe ebenfalls einen Kranz gewidmet und dann geäußert: „Du warst ein treuer Genosse, wenn es galt, die Wahrheit...“ Hier sei er unterbrochen worden. Auf Grund dieses Tatbestandes müsse auf Freisprechung erkannt werden. Denn es sei das Vorliegen eines außergewöhnlichen Leichenbegängnisses zu verneinen. Es sei nicht über den Zweck eines Leichenbegängnisses hinausgegangen worden, insbesondere sei keine sozialdemokratische Demonstration beabsichtigt gewesen. Die große Zahl der Teilnehmer erkläre sich aus der Beliebtheit des Verstorbenen, aus seiner Mitgliedschaft bei verschiedenen Vereinen und aus der Art seines Todes (Unfall). Da die verschiedenen Vereine der Sozialdemokratie zugehörten, so wäre es nichts außergewöhnliches, daß die rote Farbe zur Geltung kam. Auch sei es in der Gegend überall üblich, daß solche Vereine bei Beerdigungen Fahnen mit sich führten und sie entfalteten. Eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung wäre auch nicht zu befürchten gewesen. Auf Anordnung des Polizeigeranten habe man gleich zwei rote Fahnen zusammengerollt und die roten Schleifen zusammengelegt. Es sei auch ordentlich zugegangen, wie sonst bei Leichenbegängnissen. Es könne nicht festgestellt werden, daß es sich um ein ungewöhnliches Leichenbegängnis handele. Deshalb brauche nicht geprüft werden, ob die Widmungsrede der Angeklagten Neben war.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses verständige Urteil Revision ein. Der zweite Strafsenat des Kammergerichts, vor dem Ruht persönlich in treffenden Rechtsausführungen die Vorgänge der staatsanwaltlichen Revision beleuchtete, verwarf gestern die Revision. Es führte aus: Es sei kein Rechtsström in dem Urteil des Landgerichts zu finden. Ob ein außergewöhnliches Leichenbegängnis vorliege, sei im wesentlichen Tatfrage und das Landgericht habe bei seiner tatsächlichen Feststellung alle in Betracht kommenden rechtlichen Momente beachtet. Nun könne ja nach Entscheidungen des Kammergerichts ein Leichenbegängnis allerdings auch dadurch mit zu einem außergewöhnlichen werden, daß Leichen dabei gehalten würden. Vorliegend sei aber kein Anlaß, anzunehmen, daß das Landgericht hätte prüfen müssen, ob durch die paar Worte dies Leichenbegängnis zu einem außergewöhnlichen hätte werden können.

Freisprechung der Arbeiter von der Anklage, durch Bewegung der Pietät sich strafbar gemacht zu haben, ist also erfolgt. Wird nunmehr gegen diejenigen strafrechtlich vorgegangen werden, die den Gendarmen den Auftrag erteilten, so wie diese taten vorzugehen, um dadurch ein Leichenbegängnis in ärgerlicherer Weise zu stören, die leicht zu Unruhen hätte führen können, wenn die Arbeiter sich durch die ungeschicklichen Anordnungen hätten provozieren lassen? Hätten die Gendarmen zu ihrem Vorgehen keinen Auftrag — wird dann gegen sie strafrechtlich vorgegangen werden oder nimmt die anlageberechtigte Behörde von vornherein an, ein Gendarm sei nicht strafbar, weil er das strafrechtliche Bewußtsein von der Tragweite seiner Handlungen nicht habe?

Aus der Partei.

Der Parteitag für beide Mecklenburg wurde am Sonntag und Montag in Lübeck abgehalten. Man mußte wiederum außerhalb Mecklenburgs tagen, da die rücksichtigen rechtlichen Verhältnisse dieses deutschen Bundesstaates es den Nachhabern gestatten, Zusammenkünfte von Parteigenossen innerhalb der Landesgrenzen einfach zu verbieten. Aus dem Bericht des Landes-Vertrauensmanns, den Genosse Kröger-Motzk gab, ist zu entnehmen, daß unsere Bewegung wohl an vielen Orten Fortschritte gemacht hat, indem dort überall Vertrauensmänner bestellt worden sind; daß aber bei der letzten Reichstagswahl unsere Stimmenzahl um 5813 zurückgegangen ist. Der Reichstagsverband, der an den verschiedensten Orten versucht hat, seine Fuß zu fassen, habe keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen. Eine sinnvolle Haltung hat im Wahlkampfe der Freisinn eingenommen; obwohl in zwei Wahlkreisen keine Kandidaten in der Stichwahl von den Sozialdemokraten gewählt wurden, so stimmten doch seine Anhänger in sämtlichen Wahlkreisen für den Provinzialvertrauensmann. Die Einnahmen betrugen im Geschäftsjahre 1906/07 4161,98 M., die Ausgaben 2438,13 M., so daß ein Kasseebestand von 1723,85 M. verblieb. Beschlossen wurde, den Beitrag auf 20 Pf. pro Monat zu erhöhen, um eine intensivere Agitation entfalten zu können. Bisher betrug der monatliche Parteibeitrag nur 15 Pf.

Aus dem Bericht über die Parteipresse ist ersichtlich, daß die Zahl der Abonnenten der „Mecklenburger Volkszeitung“ um rund 1000 zugenommen hat. Immerhin bleibt noch recht viel zu tun übrig, da beispielsweise in einer Stadt wie Neubrandenburg nur 20 Abonnenten zu verzeichnen sind. Ein Antrag, die „Volkszeitung“ in Zukunft abends erscheinen zu lassen und in eigener Regie herzustellen, wurde abgelehnt.

Bei dem Bericht über die Reichstagswahlen regte Genosse Schwarz-Lübeck an, ein Zentralwahlkomitee für ganz Mecklenburg zu bilden, um auf diese Weise die Agitation einheitlicher zu gestalten. Der Vorschlag fand jedoch keine Gegenüber. Genosse Herzfeld-Berlin meinte, daß der bedauerliche Ausfall der letzten Wahl besonders dem Mangel an politischer Bildung zuzuschreiben sei. Hier müsse Wandel geschaffen werden durch Bildungsmittel, wie sie vom Berliner Bildungsausschuß empfohlen werden, sowie durch Gründung von Arbeiterbibliotheken und dergleichen.

Ueber das zukünftige Reichsvereinsgesetz referierte Genosse Schwarz-Lübeck. In der Diskussion wurde allseitig die Notwendigkeit betont, ein zeitgemäßes Vereinsgesetz zu schaffen. Angenommen wurde ein Antrag Herzfelds, in Mecklenburg ein Flugblatt über das Reichsvereinsgesetz zu verbreiten, sowie eine Resolution, in der gewünscht wird, nach der Bekanntmachung des Entwurfs eines Reichsvereinsgesetzes eine Konferenz der Mecklenburger Parteigenossen einzuberufen, die sich damit zu beschäftigen hat.

Ueber die Verfassungsdiskussion in Mecklenburg referierte Genosse Herzfeld-Berlin. Wöher haben von 720 000 Einwohnern nur 749 Personen die Macht in Händen; darunter befinden sich

40 Bürgermeister, die aber so gut wie gar keinen Einfluss besitzen. Nebst dem ging sodann auf die in Aussicht genommene Verfassung ein, die das Stimmrecht beibehalten will und die große Masse der Bevölkerung rechtlos läßt. Wir müssen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auch in Mecklenburg erzwingen, und sei es unter Anwendung des politischen Massenstreiks. Der Parteitag erklärte sein Einverständnis mit diesen Ausführungen dadurch, daß er beschloß, von einer Diskussion über das Referat des Genossen Herzfeld abzusehen. Am Montagmorgen 4 Uhr wurde der Parteitag, der von 40 Delegierten besetzt war, die 26 Orte vertraten, mit einem noch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Der Kampf der finnischen Sozialdemokratie gegen die Provokateure.
Der Vorstand und Ausschuss der sozialdemokratischen Partei Finnlands hat dieser Tage von neuem einen Aufruf an die Parteigenossen im ganzen Lande erlassen, der sich, ähnlich wie der Aufruf vom Oktober vorigen Jahres, gegen die Provokateure wendet, die, nun geführt auf eine geheime Organisation, in den Kreisen der argumierten Arbeiter Stimmung für Gewaltmaßnahmen zu machen suchen. Das Ziel jener Leute ist offenbar, sogenannte „Expropriationen“ — Raubankfälle, Plünderung von Banken und öffentlichen Kassen — anzustellen, um nachher die Sozialdemokratie als die Urheberin dieser Verbrechen hinstellen zu können und der Reaktion eine Handhabe zur Unterbindung der legalen Tätigkeit der Partei zu bieten. Man hat es bei diesen Provokationen besonders auf die ehemaligen Mitglieder der aufgelösten „Roten Garde“ abgesehen. In dem Aufruf wird nun klargestellt, daß die Partei jene geheime Organisation und ihre Tätigkeit durchaus verurteilt und nichts damit zu tun haben will. Alle Personen, die das Gegenteil behaupten, müßten als Agenten jener Organisation angesehen, und als Feinde der Partei behandelt werden. Als das beste Mittel, das provokatorische Treiben unschädlich zu machen, wird eifrigste Arbeit für weitere Verbreitung der Parteigrundsätze und für die Vertiefung der sozialdemokratischen Gesinnung empfohlen.

Gewerkchaftliches.

Wenn der Fuchs den Gänsen predigt.

Der „zweite deutsche Arbeiterkongress“, jene für Berlin mindestens originelle Veranstaltung im Herzen des sechsten Wahlkreises, stand gestern im Zeichen des Radikalismus — des Worts Radikalismus natürlich!

Herr Wieber-Duisburg, der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, riß den Mund gewaltig auf zu einer Kritik der Verhältnisse in den Hütten, Stahl- und Walzwerken. Als er aber dazu überging, die Konsequenzen aus dieser Kritik zu ziehen, versagte sein Radikalismus. Seine Kritik klang nicht nur sozialistisch, sie war sogar sozialistisch, denn sie ist dem Arsenal unserer Partei entnommen.

Herr Wiebers führte u. a. aus:

Zu den leichteren Berufsarten ist fast überall der zehnstündige Arbeitstag eingeführt, ja teilweise schon auf 9-8 $\frac{1}{2}$, oder gar auf 8 Stunden herabgesunken. Dagegen stehen die Arbeiter der schweren Industrie in einer glückseligen im Schweiß gebadet, teilweise von giftigen Gasen belästigt, 12 Stunden in fast ununterbrochener Tätigkeit. In einzelnen Betriebsarten, z. B. Hochöfen, haben die Arbeiter alle 14 Tage bei Beschäftigung noch eine 24stündige Arbeitszeit, keinen Sonn- und keinen Feiertag. Kein Weihnacht-, Oster- oder Pfingstfest kann ihrem Frondienst Einhalt gebieten. Bei der ungeheuren Entwicklung in der Technik wie Produktion, welche gerade die schwere Industrie zu verzeichnen hat, sind diese Zustände eine Anklage nicht bloß gegen diese Industrie, sondern auch gegen die Gesellschaft, welche es bis jetzt nicht für nötig gefunden hat, diesen bedrücktesten aller Arbeiter den nötigen Schutz zu gewähren. Die schwere Industrie hat nicht nur die längste, aufreibendste Arbeitszeit, sondern auch die höchsten Krankheits- und Unfallzahlen aufzuweisen, welche selbst den Bergbau bedeutend überflügeln. Hierzu kommt, daß diese Arbeiter einer ungeheuren Kapitalmacht gegenüberstehen. Die schwere und lange Arbeitszeit, zweifelhafte Wohlfahrts-einrichtungen und vieles andere hindern dieselben, zur Erkenntnis ihrer Lage zu gelangen, um ihre Stimme in der Öffentlichkeit zu erheben. Die schwere Industrie hat es bisher meisterhaft verstanden, sich am erfolgreichsten gegen jeden Arbeiterschutz, insbesondere soweit derselbe in die Regelung der Arbeitsverhältnisse eingreift, zu wehren. Wenn aber irgend ein Gewerbe den Arbeitern auskömmlichen Lohn, verkürzte Arbeitszeit, den nötigen Schutz zur Erhaltung von Leben, Gesundheit und Arbeitskraft geben kann, dann muß die schwere Industrie hierzu in der Lage sein. Es ist notwendig, der übergroßen Abhängigkeit der Arbeiter auf den großen Maschinenwerken, welche durch Wohlfahrts-einrichtungen noch vergrößert wird, Schranken zu ziehen. Es müssen gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, daß sowohl hinsichtlich der Wohnungen die Maßstäbe gehoben, die Mietzeiten den ortsüblichen Verhältnissen angepaßt werden, andererseits auch die Anrechte an den Pensionskassen gesichert bleiben, eventl. bei Austritt aus dem Arbeitsverhältnis die gezahlten Beiträge zurückerstattet werden. Wenn im allgemeinen das Unternehmertum kein Freund der gewerkchaftlichen Arbeiterorganisationen ist, so fügen doch die größten Gegner und Scharfmacher in der schweren Industrie, die mit Gewalt, Spießtun und lächerlicher Wohlthätigkeit wird vielfach angewendet, um die Organisation im Keime zu erlöchen und unmöglich zu machen. Tausendfach sind die Mittel, welche den großen Werken zur Verfügung stehen, um den Keil der Zwietracht, des Neides, des Mißtrauens, der Unsolidarität unter die Arbeiter zu bringen.

Man lese das, und man nenne uns einen Satz, der originalchristlich ist, den wir nicht lange vor Wiebers bei dieser oder jener Gelegenheit ausgesprochen haben! In seinen Schlussfolgerungen aus dieser ebenso harten wie berechtigten Kritik aber bleibt der christliche Herr stehen. Was fordert er? Erhebungen! Erhebungen über das, was er eben schon als feststehend kritisierte!

Er verlangt in der von ihm vorgelegten Resolution Erhebungen:

1. über die Einwirkung der Arbeit in diesen Anlagen, namentlich der Fenerarbeit auf Gesundheit und Leben der Arbeiter (Krankheits- und Unfallgefahr);
2. über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, der bestehenden Wälder- und Wälderumzäunungen, Speiseräume usw.;
3. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der (monatlich, jährlich) verfahrenen Schichten, Umfang der Ueberarbeit, Zahl der daran beteiligten Arbeiter und der auf den einzelnen entfallenden Ueberstunden resp. Ueberarbeiten;
4. über die Möglichkeit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für schwere Feuerarbeiten;
5. über die Durchsicht der Bestimmungen betreffs der Sonntagsruhe mit dem Ziel der möglichen Einschränkungen der Sonntagsarbeit.

Natürlich ist nun alles in Butter. Einer Forderung nach Befreiung der Arbeiter hätte natürlich dieser Reichstag, hätte diese Regierung nie zugestimmt. Der Forderung nach den gewünschten „Erhebungen“ hat die Regierung keinen Anlaß, Widerstand entgegenzusetzen. Sie werden zu geeigneter Zeit — beileibe nicht in der Krise! — vorgenommen und wohlfrisiert der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Regierung belaudet so ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ und Herr Wiebers hat seinen „Erfolg“.

Die Hauptsache aber bleibt allemal der Schluss seiner Resolution:

„In der Erkenntnis, daß besserer gesetzlicher Arbeiterschutz sowie der Schutz der Koalitionsfreiheit gegenüber ungerechten Maßnahmen von Werken nur zu erreichen ist durch eine starke gewerkchaftliche Organisation, werden die Hütten- und Walzwerker aufgefodert, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung beizutreten.“

Was zu betreiben war!

Der Kongress hatte gestern überhaupt seinen radikalen Tag. So legte die Redaktionskommission demselben auch folgende Resolution vor:

„Der zweite deutsche Arbeiterkongress konstatiert, daß das Verhältniswahlrecht, soweit es bisher bei Krankenkassen und Gewerbeberufen eingeführt ist, sich durchaus bewährt hat.“

Der Kongress erwartet von der Reichsregierung die baldige obligatorische Einführung des Proportionalwahlrechts für alle sozialen Wahlen auf den Gebieten der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechtes.

Prinzipiell sind die Gewerkschaftskassen natürlich gegen die Proportionalwahl. Für die politischen Wahlen, wo sie ihre Zwecke mit Hilfe anderer Berufsgruppen erreichen, werden sie dieselben nicht fordern. Bei den sozialen Wahlen aber hängen ihnen die Trauben zu hoch. Sie wollen sie über das Sprungbrett der Verhältniswahl erreichen. Und da die fakultative Einführung derselben auf den Widerstand der andersgesinnten Arbeiter stößt, sind sie urplötzlich radikal!

So gibt sich der wahre Gewerkschaftskassenschicht denn immerdar: Herrschenden gegenüber trotz großer Worte bescheiden, den Klassengenossen gegenüber möglichst unerschämmt!

Berlin und Umgegend.

Die Herrenkonfektionschneider und Schneiderinnen waren am Montag wieder einmal zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen zur Erörterung der Frage, was zu tun ist, um zu einer tariflichen Lohnregelung in allen Geschäften zu gelangen. Der Referent März führte aus, daß die Kommission der Konfektionschneider sich schon seit mehreren Jahren bemüht, die Konfektionschneider anzukämpfen, aber dabei schon Enttäuschungen erfahren hat. Das Vorgehen der Konfektionschneider in Süddeutschland wie in Elberfeld blieb ohne Einfluß auf die Kollegen in Berlin und erst die Lohnbewegung in Steitin im vorigen Herbst trug dazu bei, daß etwas mehr Leben auch in die Arterie der Berliner Konfektionschneider kam. Die damals eingeleitete Bewegung mußte jedoch infolge der Reichstagsauflösung vertagt werden. Im Frühjahr und Sommer dieses Jahres ist die Bewegung dann, soweit es möglich war, durchgeführt worden. Fast ohne Ausnahme ist es in allen Geschäften der besseren Konfektion gelungen, Tarife abzuschließen, die, abgesehen von der an sich außerordentlich wertvollen Regelung der Lohnverhältnisse, auch schätzenswerte Lohnherabsetzungen mit sich brachten. Auch einige Geschäfte der mittleren und billigen Konfektion haben Tarife abgeschlossen oder doch wenigstens Zugeständnisse gemacht. Die große Masse derer, die die billige Ware anfertigen, läßt es allerdings noch immer an dem nötigen Interesse für die Bewegung fehlen, obwohl gerade für sie die tarifliche Lohnregelung am allerwichtigsten wäre. Der Redner zeigte an verschiedenen Beispielen, wie diese Heimarbeit und Arbeiterinnen von früh bis in die späte Nacht in ihren elenden Wohnstätten schlafen müssen, wie Hauswesen und Kinderpflege und Erziehung vernachlässigt werden, um das, was zum Leben unentbehrlich ist, zu verdienen. Einigermassen begriffene gute Konjunktur noch anhält. Die fünf Wochen lange Ausperrung im Konfektionsgewerbe Steitins hat auch gezeigt, wie die Unternehmer alle Arbeiter und Arbeiterinnen, auch die unmorganisierten, dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgeben, wenn es ihren Zwecken dienlich erscheint. Der Schneiderverband schloß sich hier natürlich nicht verpflichtet, jene Opfer des Unternehmertums zu unterstützen, die es nicht für nötig erachtet hatten, sich der Organisation anzuschließen. Aus allen diesen Gründen spornte der Redner zu eifriger Tätigkeit für die Organisation an, damit endlich einmal auch hier eine allgemeine Regelung und Besserung der Verhältnisse erzielt werde.

Berliner Arbeitswille in Italien.

Mit dem Gadarbeiterstreik in Oberitalien beschäftigte nun eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter der Englischen Gasanstalten in Mariendorf.

Die Gaswerke im oberitalienischen Streikgebiet befinden sich in Händen derselben Gesellschaft, welche auch einen Teil Berlins und seiner Vororte mit Gas versorgt.

Wie Polenke in der Versammlung ausführte, drehte sich der Streik in Mailand in der Hauptsache um die Lohnfrage. Geradezu erbärmlich müssen die Löhne bisher gewesen sein, wenn man die aufgestellten Forderungen, um deren Erhalten es zum Streik kam, betrachtet. Die Arbeiter kämpften um einen Minimallohn von 3 Lire = 2,40 M. und Alterszulagen bis zum Höchstlohn von 4 Lire = 3,20 M. Wahrscheinlich Forderungen, die nur durch ihre Bescheidenheit auffallen. Der Streik hatte zur Folge, daß Mailand plötzlich im Dunkel war. Die Gesellschaft suchte nun mit allen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen. Mit den italienischen Bauern der Umgegend hatte sie kein Glück. Als dieselben den Sachverhalt erfuhren, erklärten sie sich mit den Streikenden solidarisch. Die Direktion versuchte nun in Frankreich und Deutschland Arbeitswille zu bekommen. Zu unserer Beschämung muß es gesagt werden, sie erreichte ihr Ziel. Durch Verpöndungen gelang es ihr, 21 Mann aus Berlin und Mariendorf als Arbeitswille anzuwerben. Wohlweislich hatte sich die Verwaltung mit ihrem Anfinnen fast ausschließlich an die ihr als unorganisiert bekannten Arbeiter gewendet. Leider mußte aber festgestellt werden, daß auch drei organisierte Arbeiter ihre Arbeiterehre preisgaben. Die Vorbereitungen zur Abreise geschahen so plötzlich und heimlich, daß die in Frage kommende Organisation, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter — als ihre der Sachverhalt bekannt wurde —, vor einer vollzogenen Tatsache stand. Es wurden jedoch sofort alle Maßnahmen getroffen, um weitere Transporte von Streikbrechern unmöglich zu machen.

Doch weder den deutschen noch den französischen Ausreisenden gelang, die Produktion in genügender Weise zu bewerkstelligen. Der Streik endete mit dem vollständigen Siege der Arbeiter.

Bei der Abreise der Arbeitswilligen spielten sich dann jene bekannten Vorgänge ab, welche zum Generalstreik in zahlreichen Städten Italiens führten.

Wenn uns auch der Sieg der Mailänder Kollegen mit Genugtuung erfüllt, so bleibt doch die Tatsache, daß Berliner Gasarbeiter eine derartige Rolle spielten, tief beschämend.

In der äußerst lebhaften Diskussion wurde die Handlungsweise dieser Elemente auf das schärfste gebrandmarkt. Der Abschied, der ihnen durch die Mailänder Arbeiterschaft bereitet wurde, scheint allerdings nicht nach ihrem Geschick gewesen zu sein, denn es hat geräucher Zeit bedurft, ehe sie sich von den Sitzplätzen dieser Italienerreise erholten.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der das Verhalten der Arbeitswilligen verurteilt und die italienischen Kollegen zu ihrem Siege beglückwünscht wurden.

Deutsches Reich.

Der Kampf um Knappschaftstatut.

Wohum, 21. Oktober.

Im Kassenrevier fanden gestern eine große Reihe zum Teil sehr zahlreich besuchter Vergarbeiterversammlungen statt, die sich mit der Ablehnung des Knappschaftstatuts beschäftigten. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige öffentliche Vergarbeiterversammlung erklärt sich mit der ablehnenden Haltung der Arbeiter in der Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins einverstanden. Die Versammlung erblickt in der Ablehnung des Antrages Robis durch die Werksbesitzer den wirklichen Grund, wodurch das Reformwerk zerstört wurde. Darum weist die Versammlung auch die Behauptung der „Frankfurter Zeitung“, „Nürnberger Zeitung“ und anderer Organe, die Arbeiter seien Schuld an der Ablehnung des Statuts, entschieden zurück. Das gemeinsame Vorgehen der Verbände, wie die Art der Abstimmung und schließlich diese selbst entsprechen voll und ganz den Wünschen der Versammlung. Die Versammlung spricht den Arbeitern für ihr einwandfreies Verhalten ihren Dank aus.

Zu der schroffen Ablehnung des Antrages Robis durch die Werksbesitzer erblickt die Versammlung eine Mißachtung der berechtigten Arbeiterforderungen. Die Lage des Bergbaues ist eine so günstige, daß die Werksbesitzer sehr gut die geringe Mehrbelastung, die der Antrag Robis bedingte, aufbringen können. Erst durch die Annahme des Antrages Robis wäre die durch Wegfall des Kindergeldes eintretende Schädigung der Invaliden einigermaßen ausgeglichen.

Die Versammlung verpflichtet sich, alles zu tun, was eine Verschärfung der Arbeiterforderungen herbeiführen kann, insbesondere für Stärkung der Organisation zu wirken, damit die Vergarbeiter den kommenden Dingen gerüstet gegenüber stehen.

Zum Schluß verlangt die Versammlung die Schaffung eines Reichs-Vergesetzes, weil sie nur in der Regelung der Vergarbeiterfragen durch den Reichstag ein geeignetes Mittel auch zur Reform des Knappschaftswesens sieht.

Die Arbeiter der Bremer Gummiabrik von Dahl u. Co. haben am Sonnabendabend die Arbeit niedergelegt. Trotz der gesundheits-schädlichen Arbeit erzielte die Mehrzahl der Arbeiter bei einer zehnstündigen Arbeitszeit noch keinen wöchentlichen Verdienst von 24 M. für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurden besondere Vergütungen nicht gewährt. Da nun die Arbeiter gut organisiert sind, so haben sie am Mittwoch voriger Woche Forderungen eingereicht, wonach für alle Arbeiter, die unter 24 M. pro Woche verdienen, ein Lohnzuschlag von 5 Proz. verlangt wird. Ferner wird für Ueberstunden und Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 20 resp. 40 Proz. gefordert wird. Die Zuzuhaber der Bremer Gummiabrik hatten sich nur bereit erklärt, für Ueberstunden eine zehnprozentige Lohnherabsetzung einzutreten zu lassen, die weitergehenden Forderungen wurden trotz ihrer Bescheidenheit abgelehnt. Als dann am Sonnabendabend ein Arbeiter versuchte, die Firma zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen, wurde er abgewiesen und sofort entlassen. Das gab für die übrigen Arbeiter den Anlaß zur sofortigen Arbeitseinstellung. Arbeiter allerorts, übt Solidarität!

Sämtliche Schlosser, Dreher, Schmiede und Metallarbeiter, die in den Werkstätten der Bremer Straßenbahn beschäftigt waren, haben am Sonnabendmorgen die Arbeit niedergelegt, nachdem die Direktion jedes Entgegenkommen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schroff abgelehnt hatte. Zugang ist streng fernzuhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Amerikanischer Finanzkrach.

New York, 22. Oktober. (B. L. B.) Um 12 Uhr 30 Minuten nachmittags stellte die Knickerbocker Trustcompany die Geldeinzahlungen an die Depostengläubiger ein. Der zweite Vizepräsident gab bekannt, die Gesellschaft könne kein gemünztes Gold erhalten für die Zahlungen, sie sei vollständig zahlungsunfähig und könnte morgen die Zahlungen wieder aufnehmen.

New York, 22. Oktober. (B. L. B.) Als die Knickerbocker Trustcompany die weitere Auszahlung der Einlagen einstellte, bemächtigte sich der 300 wartenden Depostengläubiger die größte Aufregung, sie weigerten sich, die Bank zu verlassen, in der im Stadtteil Harlem befindlichen Zweiganstalt bestanden die Depostengläubiger so stürmisch auf die Rückzahlung ihrer Guthaben, daß die Polizei die Bank räumen mußte.

New York, 22. Oktober. (B. L. B.) Die aus ihren letzten Abrechnungen für die Knickerbocker Trustcompany herrührende Schuld der Nationalbank of Commerce beim Clearinghouse beträgt sieben Millionen Dollar. (S. a. unter Industrie und Handel.)

Washington, 22. Oktober. (B. L. B.) Wegen der Nachrichten über die finanzielle Lage in New York wird der Schatzsekretär heute nachmittags nach New York abreisen. Er erklärte, er werde nicht zögern, sofort jeder Lage entsprechend zu handeln, die sich ergeben sollte.

Mohrenwäsche.

Hannover, 22. Oktober. (B. L. B.) Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Privatier Held, dessen Verleumdungsflagge gegen den Redakteur Langhans-Hannover und den Kaufmann Dr. jur. Krüger (früher in Hannover, jetzt in Gossensloh) vom Schöffengericht am 19. d. M. abgewiesen wurde und der im Widerklageverfahren wegen Verleumdung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt wurde, hat, wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, durch seinen Rechtsvertreter Rechtsanwalt Stöckmann gegen das schöffengerichtliche Urteil Verlegung eingelegt. Außerdem ist wegen des behaupteten Erbrechtsversuchs Helds, den das Urteil vom 19. d. M. als erwiesen bezeichnet, eine negative Feststellungsflagge bei der zuständigen Zivilkammer des Landgerichts Hannover heute eingereicht worden.

Durch Einbruch verschüttet.

Bettau, 22. Oktober. (B. L. B.) Hier stürzte bei einem Neubau eine Mauer ein, wodurch eine größere Anzahl Arbeiter verschüttet wurden. Neun Personen wurden schwer verletzt.

Entgleister Personenzug.

Paris, 22. Oktober. (B. L. B.) In der Nähe von Neuilly-sur-Seine (Département Seine) entgleiste ein Personenzug der Staatsbahn. Ein Reisender wurde getötet, fünf Personen, darunter drei Bahnbedienstete, verletzt.

Die Luftschiffe.

Paris, 22. Oktober. (B. L. B.) Das lenkbare Luftschiff Patrie, welches in letzter Zeit beträchtlich vergrößert worden ist, unternahm heute bei ruhigem Wetter eine durchaus gelungene 24stündige Fahrt von Reims nach Paris. Im Norde befanden sich acht Personen.

Gestrandeter Dampfer.

Gimbrishamm (Schweden), 22. Oktober. (B. L. B.) Der Pelersburger Dampfer „Lituania“, von Libau nach Rotterdam unterwegs, ist heute bei Skillinge gestrandet. Der Dampfer, der 795 Passagiere an Bord hat, steht sehr fest und hat 14 Fuß Wasser im Borderraum. Drei Vergungsdampfer sind von Kopenhagen abgegangen, um zusammen mit schwedischen Dampfern Hilfe zu leisten.

Ueberfallener Eisenbahnzug.

Dref, 22. Oktober. (B. L. B.) Auf der Station Karasschew wurde ein Raubüberfall auf einen gemischten Personen- und Güterzug ausgeführt, es gab viele Verwundete und einige Tote.

Das Reichsgericht vor der höheren Instanz.

Wir schilderten gestern schon die gewaltige Demonstration, die am Montagabend in der Hasenheide stattfand, eine Kundgebung der Arbeiterschaft, wie sie Berlin lange nicht gesehen hat.

Am Saale selbst harzte eine nach Tausenden zählende Menge, die das Parterre und die Galerien, Kopf an Kopf gedrängt, füllte, des Beginns der Versammlung. Kurz vor 1/8 Uhr betraten die beiden Redner des Abends, Richard Fischer und Karl Liebknecht, den Saal.

Am 1/8 Uhr eröffnete Genosse Ernst die Versammlung und erteilte dem Genossen Richard Fischer das Wort. Der Redner knüpfte an die Worte eines Schriftstellers der französischen Revolutionszeit an: „Es ist immer ein Zeichen für das Absterben einer herrschenden Klasse, wenn das Rechtsempfinden der unterdrückten Klasse im Gegensatz steht zu dem Rechtsempfinden der herrschenden Klasse.“

Die Sozialdemokratie bekämpft den Klassenstaat in seinen Grundlagen und stellt sich damit in Gegensatz zu den Interessen, die durch die jetzigen Gesetze geschützt sind. Unser Kampf ist der Kampf um die Erlangung der politischen Machtmittel des Staates. Deshalb wird natürlich der ganze Apparat der Rechtsprechung gegen uns angewandt und wenn die bestehenden Gesetze nicht mehr ausreichen, um uns zu bekämpfen, wie es die herrschenden Klassen wünschen, dann ist man schnell bei der Hand, Ausnahmegerichte gegen uns zu machen.

Hochverratsprozesse.

So war es schon im alten Rom: Alle Gegner des Staates, denen man kein anderes Verbrechen vorwerfen konnte, hat man des Hochverrats beschuldigt und verurteilt. Das trifft bis zu einem gewissen Grade noch heute zu. Die Würschschaften, die Studenten, wurden in der Zeit der Demagogie durch Hochverratsprozesse unschädlich gemacht.

Wismar trotz dem nicht angeklagt

wurde, so hat er das dem Umstande zu danken, daß dazu die Regierung Caprivi zu schwach war. Es wäre ja auch ein eigenartiges Schauspiel gewesen, wenn der Gründer des Reiches wegen Hochverrats gegen das Reich angeklagt und verurteilt worden wäre.

Wie auch wir haben unseren Hochverratsprozeß gegen Webel und Wilhelm Liebknecht gehabt. Man glaubte dadurch die ganze sozialdemokratische Bewegung vernichten zu können. Aber das Gegenteil trat ein. Von jener Zeit an datiert der Aufschwung unserer Bewegung. Tausenden und Zehntausenden wurde gerade durch jenes Urteil Verständnis für die Bestrebungen der Sozialdemokratie beigebracht.

politische Machtfrage.

Nicht Liebknecht, sondern die Sozialdemokratie, besonders ihre Agitation gegen den Militarismus soll durch dieses Urteil getroffen werden. Es ist hier nicht der Ort, die Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die Partei dem Genossen Liebknecht auf die speziellen Wege seiner antimilitaristischen Agitation nicht gefolgt ist. Aber darin sind wir alle mit Webel einig, daß die Partei in dem Bestreben, den Militarismus zu bekämpfen, mit dem Genossen Liebknecht vollkommen einverstanden ist, und daß es nicht einen einzigen Sozialdemokraten gibt, der dem Genossen Liebknecht in seiner Agitation deshalb nicht folgen wollte, weil er meinte, sieginge an Hochverrat an.

Der Redner unterzog das Prozedere gegen Liebknecht einer treffenden Kritik und führte im einzelnen aus, daß die Verurteilung Liebknechts nur dadurch zu erklären ist, daß die Richter gar nicht imstande sind, sich in den Gedankengang der sozialdemokratischen Anschauungen hineinzuversetzen. Zuhausstrafe beantragte der Oberreichsanwalt. Er setzte also ehrlöse Gesinnung beim Genossen Liebknecht voraus.

politischer Tendenzprozeß

war, bestritt niemand. Nun fragt es sich aber, ob eine Regierung, die solche Mittel gegen politische Gegner anwendet, eine starke Regierung genannt werden kann, ja, ob eine Regierung sich stark fühlt, die mit derartigen Mitteln einen politischen Gegner unschädlich machen will. Vor wenigen Monaten hieß es, die Sozialdemokratie sei niedergedrückt. (Gelächter.) Kann eine Partei niedergedrückt sein, wenn man es für nötig hält, derartige Prozesse gegen sie zu führen? Nein, Parteigenossen. Nicht wir sind die Niedergedrückten, sondern jene, welche die Urheber und die Verantwortlichen für diesen Prozeß sind.

diese Saat hat tausendfältig Früchte getragen.

Ein Mann über Bord, die ganze Armee im Vormarsch. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Genosse Ernst verlas ein Telegramm von der „Frankfurter Tagespost“ und dem Parteisekretariat für Nürnberg und Nordböhmen. Es lautet: „Zur Verurteilung des Militarismus und zur Revision des Reichsgerichtsurteils durch das Volk trofen Mut und sich steigende Kraft.“

Genosse Liebknecht

erhielt nun das Wort. Stürmische Beifallsumgebungen begrüßten ihn. Er sagte: Parteigenossen und Genossinnen! Sie wissen, daß ich mich seit Jahren bemüht habe, auf unseren Parteitag einen bestimmten Standpunkt bezüglich der antimilitaristischen Propaganda zu vertreten. Sie wissen, daß mein Standpunkt von der Partei abgelehnt ist. Ich habe indessen in der Auffassung des Militarismus niemals die Grundsätze verleugnet, die unsere Partei seit ihrer Entstehung vertritt.

Das Proletariat ist friedensfreundlich,

denn es weiß, daß die Tatsachen, die zum Kriege führen, nichts gemein haben mit den Interessen des Proletariats. — Es ist kein Wunder, daß der Prozeß haben und drüber große Aufregung verursacht hat, denn es handelte sich darum, den Militarismus, diesen Zentralpunkt des Machtkampfes zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen, gegen jeden Angriff zu sichern. Auch wer nicht Proletarier ist, muß zu der Ansicht kommen, daß der Militarismus eine Gefahr für den Fortschritt ist. Nicht den Krieg zu fördern, sondern Blutvergießen zu vermeiden ist unsere Absicht. Aber es sind die Vertreter der herrschenden Klassen, die seit Bismarcks Zeiten dahin drängen, das Proletariat auf die Straße, vor die Kanonen und Kanonen zu treiben. — Der Militarismus enthält in sich selbst zahlreiche dialektische Widersprüche. Nur Einiges davon. Die Waffentechnik schreitet derart fort, daß der Militarismus schließlich eine Unmöglichkeit wird. Unser Heerwesen ist zugeschnitten auf den Kriege. Jetzt haben wir aber schon den Krieg von unten durch Ueberseeboote und von oben durch das lenkbare Luftschiff, den Drei-Dimensionen-Krieg. Das gibt ein gegenseitiges, derart unsinniges Abwühlen, daß der Krieg selbst unmöglich wird.

(Lebhafter Beifall.) Dieser unmöglichen Aufgabe gegenüber müssen alle Erziehungsinstitute des Militarismus versiegen. Das ist der wunde Punkt des Militarismus: Wenn die Bajonette anfangen zu denken, können sie nicht mehr als Waffentriebe der herrschenden Klassen benutzt werden. Daher die Nervosität der herrschenden Klassen gegen die antimilitaristische Agitation. Wir brauchen nichts weiter: nur Aufklärung zu verbreiten über die Verwendung des Militarismus im Klassenkampf, und jeder Proletarier, der hier klar geworden ist, ist für den Kampf im Interesse der Herrschenden verloren. — Wir wollen eine ruhige organische Fortentwicklung.

Wir denken nicht an plumpe Gewalt.

Diese will aber der Militarismus. Weil ich den Militarismus, dieses Prinzip der Gewalt bekämpft habe, bin ich auf die Anklagebank gekommen unter der Beschuldigung, ich hätte versucht, Gewalt zu üben. (Beifall.) Ich habe es gewußt, daß man auch in Deutschland denselben Weg beschreiten wird, den man in anderen Ländern gegen die antimilitaristische Bewegung eingeschlagen hat. Ich war nicht überrascht über diesen Prozeß. Aber ich wußte noch ein anderes. Auch in anderen Ländern hat die antimilitaristische Bewegung erst festen Boden gefaßt, nachdem ihr der Staatsanwalt zu Leibe ging. So wird es auch in Deutschland kommen. Insofern kann man sagen, daß wir, politisch betrachtet, mit diesem Prozeß aufs höchste zufrieden sind. Er hat nicht nur gezeigt, daß die Richter dem Empfinden des Proletariats fremd gegenüberstehen, sondern daß sie auch die bekanntesten Tatsachen aus der Geschichte der Partei nicht kennen. Wie weltfremd die Richter des Reichsgerichts unseren Anschauungen gegenüberstehen, zeigte die Tatsache, daß die Herren unser Erfurter Programm gewissermaßen erst entziffern mußten. Einer der Hauptpunkte der Anklage ist bekanntlich ein Punkt eben dieses siebzehn Jahre alten Programms. Wenn der Standpunkt des Oberreichsanwalts ein unbegreiflicher ist, so ist

das Urteil des Gerichts

unendlich ernster zu nehmen, denn es ist viel klüger, viel durchdachter, viel gefährlicher für unser politisches Leben als alles, was der Oberreichsanwalt unternommen hat. In seinen Konsequenzen bedroht das Urteil jede freie Meinungsäußerung mit dem Strick des § 88. Aber freilich: Auch dieses Urteil trägt seinen dialektischen Widerspruch in sich selbst. Es wird durch jenes Sprichwort charakterisiert: Alles scharf macht schartig. Nach den Konsequenzen dieses Urteils müßte, ebenso wie ich, jeder Sozialdemokrat verurteilt werden. Und dazu würden selbst in Deutschland die Gefängnisse nicht ausreichen. Dieses Urteil kann einfach nicht durchgeführt werden, so wenig, wie etwa ein Urteil, das jedem Sozialdemokraten das Atmen verböte. Es muß ein Schlag ins Wasser bleiben, und deshalb brauchen wir uns keine grauen Haare wachsen zu lassen. (Beifall.) Der Prozeß müßte propagandistisch wirken. Das wußte ich von Anfang an, und es hat mich innerlich beglückt, zu sehen, wie der Funke, den man durch den Prozeß entzünden wollte, zur hellen Flamme emporgeleuchtet ist. (Stürmischer Beifall.) Es geht in Deutschland ein Geist der Brutalität, engherzigen Gewaltsamkeit um, der sich vermehrt, in ebenso plumper wie gewalttätiger Weise den inneren Feind niederzuwerfen. Es geht der Geist jenes Herrn Komen um. Dieser kleinlich-rote Geist durchdringt die Politik, die man gegenwärtig anwendet, um der Sozialdemokratie an den Kragen zu gehen. Wenn aber schon der Streich des Hauptmanns von Köpenick ein ausgezeichnetes Agitationsmittel gegen den Militarismus gewesen ist, so sind es noch mehr die Streiche des Herrn Komen. Herr Komen kann Arm in Arm mit dem Hauptmann von Köpenick sein Jahrhundert in die Schranken fordern. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe nun die Order, schon in den nächsten Tagen die freundliche Festung Glad zu besuchen. Tragisch ist die Sache nicht zu nehmen. Ich bitte, nicht auf den Gedanken zu verfallen, der schon in bürgerlichen Blättern ausgeprochen ist, ich sei ein Parteimäxner. Davon kann keine Rede sein. Denken Sie, ich habe mich nach Ruhe geseht und werde auf der Festung das nachholen an meiner inneren Ausbildung, was ich bisher habe zurückstellen müssen. Hier sollen keine traurig-nachmittigen Abschiedsworte gesprochen werden. So ist mir nicht ums Herz, und so darf es Ihnen nicht ums Herz sein.

Keine Wehmut, sondern Kampfstimmung.

Die gewaltige Begeisterung, die freudige Kampfstimmung, welche dieser Prozeß ausgelöst hat, muß festgehalten werden. Sorgen Sie, daß sie kein Strohhalm sei. Die nächsten Jahre werden schwere Kämpfe bringen. Verwenden Sie alle Kraft und Energie im Kampfe für das Recht der freien Meinungsäußerung, für die Stärkung der Jugendorganisation, im Kampf gegen den Militarismus. Erhalten Sie diese Begeisterung, sodas wir von Sieg zu Sieg fortschreiten und ich in der Festung von immer neuen Erfolgen der Sozialdemokratie Nachricht bekomme. (Lebhafter Beifall.) Gefängnis, Festung und Zuchthausmauern können den Vormarsch der Sozialdemokratie nicht aufhalten und ihren Sieg nicht hindern. Die Begeisterung und Wucht, die Besonnenheit und Zielklarheit, mit der das Proletariat seinen Kampf führt, machen es unüberwindlich trotz Zuchthaus und Festung, trotz Kriegsminister und Komen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Genosse Ernst sagte zum Schluß: Wir wünschen dem Genossen Liebknecht

ein frohes Wiedersehen in voller Frische

und geloben uns, allezeit als Sozialdemokraten unsere Pflicht zu tun und zu kämpfen für unsere Ideale. Ernst schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Begeistert stimmte die Versammlung ein. Hochrufe auf Liebknecht brachte die Versammlung aus. Von allen Seiten rief man:

Auf Wiedersehen!

Langsam leerte sich der Saal. Auf der Straße stauten sich die Massen, die sich mit den draußen stehenden zu einer unübersehbaren Menge vereinten. Es gab eine zeitweilige Verkehrshöfung. Ganz langsam nur konnten sich Straßenbahnwagen und Omnibusse einen Weg durch das Gedränge bahnen. Als einer der letzten, die den Saal verließen, betrat Genosse Liebknecht im Kreise bekannter Parteigenossen das Freie. Draufende Hochrufe empfangen ihn, sie pflanzten sich fort durch die Menge, die einem mächtigen Strome gleich durch die Straße flutete. Die Fenster der Häuser waren mit Menschen dicht besetzt. Auf der Straße sang man die Arbeitermarschallie, dazwischen erklangen immer wieder Hochrufe. Eine vielstimmige Proletariermenge, alle von einem Gedanken getragen, den niemand ausproach, der aber in jedem einzelnen lebendig war: Die Sozialdemokratie, die durch das Urteil gegen Liebknecht getroffen werden soll, triumphiert über ihre Widersacher. Das klassenbewußte Proletariat ist unbesiegbar.

13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Vielefeld, 10. Oktober.

Sechster Verhandlungstag.

Zunächst werden die Anträge zur Beratung gestellt, die Gehaltsverhältnisse der Verbandsbeamten sowie Diäten für die Agitation und Generalversammlung betreffen.

Deichmann beantragt namens des Vorstandes, die Gehälter der Hilfsarbeiter im Bureau des Verbandes von 1600 M. auf 1800 M. zu erhöhen. Nebner begründet den Antrag mit der steigenden, aber ungenügenden Bezahlung der Arbeit dieser Angestellten.

Wilde mann - Stuttgart verurteilt es, daß Anträge vorliegen, die sogar eine Herabsetzung der Gehälter oder die Fügierung

auf ein Minimum verlangen. Die Erhöhung sei ein Akt der Willigkeit und auch durch die Feuerungsverhältnisse geboten. Eine Regelung der Beamtenverhältnisse sei auch nach anderer Richtung nötig, Umlauffrage usw. müssten mit Berücksichtigung werden. Der Vorstand solle später ein Anstellungsreglement herausgeben. Er bittet, die Gehälter der Beamten um 200 M. zu erhöhen, das Beträge jährlich 2000 M.

Müller-Berlin stellt den Antrag, als Diäten für die Delegierten der Generalversammlung 8 M. Gehalt — dies auch für die Beamten — und 4 M. Arbeitsverdienstschädigung, also 12 M. täglich zu beschließen. Redner begründet den Antrag.

Repp-Ottensen will, daß die Diäten auf 6 M. Gehalt und 5 M. Arbeitsverdienstschädigung normiert werden. Gegen die Gehaltserhöhung in dieser Generalversammlung wende er sich, fordert aber den Vorstand auf, zur nächsten Generalversammlung eine Gehaltsvorlage zu unterbreiten.

Baum-Birna tritt für Beibehaltung der bisher 10 M. betragenden Diäten für Delegierte zur Generalversammlung ein. Eine Regelung der Gehaltsfrage muß erfolgen, ein Anfangsgehalt mit Steigerung nach den Dienstjahren muß festgestellt werden.

Salzwedel-Bernigrode tritt für die Gehaltserhöhung nach dem Antrage Wildemann ein, das sei im Interesse des Verbandes nötig.

Der Antrag Wildemann wird bezüglich des Gehaltsreglements und des Umlaubs einstimmig, bezüglich der Gehaltserhöhung mit großer Majorität angenommen. Ferner werden die Anträge Müller und Salzwedel angenommen.

Beschlossen wird ferner einstimmig, daß das Grundgehalt für Verbandsbeamten 1800 M. betragen soll.

Sander-Hamburg erstattet Bericht der Untersuchungskommission, die für die Dresdener Streitangelegenheit eingesetzt war. Die Kommission habe die Verhältnisse im Wesen der Vertreter der Lokalorganisation, des Vorsitzenden des Ausschusses, des Kollegen Hlbig, und anderer geprüft und in objektiver Weise beraten. Die Beschlüsse sind einstimmig gefaßt. Redner geht näher auf Einzelheiten ein.

Die Amtsenthebung des Kollegen Hlbig als Geschäftsführer der Zahlstelle Dresden war im Interesse des Verbandes ein Gebot der Notwendigkeit. Desgleichen wird der nach § 15 Abs. b des Statuts erfolgte Ausschluss des Kollegen Hlbig als zu Recht erklärt. Eine Aufhebung letzterer Maßregel kann die Kommission nicht empfehlen.

Dieser Beschluß wird von der Generalversammlung einstimmig angenommen.

Bezüglich der Einigung mit der Lokalorganisation wird nach einer Erklärung des Vertreters der Lokalorganisation Dresdens von der Generalversammlung einstimmig beschlossen, folgende Einigungsvorschläge anzunehmen:

Der Dresdener Tabakarbeiterverband schließt sich dem Deutschen Tabakarbeiterverband unter folgenden Bedingungen an:

1. Die Mitglieder des Dresdener Tabakarbeiterverbandes treten sämtlich zu ihren alterwerbenden Rechten in den Deutschen Tabakarbeiterverband über, soweit sie nachweisen, daß zwischen ihrer Beitragsleistung in den beiden Verbänden keine Lücken vorhanden sind.
2. Das Vermögen des Dresdener Tabakarbeiterverbandes ist unter genauer Rechnungslegung an den Deutschen Tabakarbeiterverband zu überführen.
3. Zu dem auf den Anschlag des Dresdener Tabakarbeiterverbandes folgenden Quartalsabschluss ist die Stelle des Dresdener Ortsbeamten neu auszusuchen.
4. Die eingelaufenen Bewerbungen sind der Dresdener Mitgliedschaft resp. einer von dieser zu wählenden Anstellungskommission zur Prüfung und Veranstaltung der Wahl zu übergeben. Dem Hauptvorstand steht das Bestätigungsrecht zu.
5. Nach erfolgter Neuwahl des Ortsbeamten sind auch die am Orte bestehenden Kommissionen neu zu wählen.
6. Diefem Schiedsspruch haben sich beide Organisationen als endgültig zu unterwerfen.

Die Modalitäten des Uebertritts sollen zwischen Vorstand, Ausschuss und der Lokalorganisation vereinbart werden.

Zur Erörterung gelangen dann die Differenzen mit der Tabakarbeitergenossenschaft.

Deichmann-Bremen berichtet über die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Vorstandes, der Tabakarbeitergenossenschaft und den beteiligten Kollegen.

v. Elm-Ottensen gibt darauf feinerseits eine Darstellung der strittigen Fragen.

Zur Beratung kommen die Anträge bezüglich der Verlegung des Sitzes des Vorstandes sowie der Bereinigung der Redaktion des „Tabakarbeiter“ mit dem Sitz des Vorstandes.

Nach eingehender Aussprache werden die Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Auch die Anträge, daß alle Branchen der Tabakindustrie bei der Zusammensetzung des Vorstandes in Zukunft berücksichtigt werden sollen, werden durch Beschlüsse erledigt, die Uebergang zur Tagesordnung fordern.

Darauf erstattet Bericht über die Beschlüsse und Vorlage der Statutenberatungskommission bezüglich der finanziellen Fundierung des Verbandes.

v. Elm-Ottensen erklärt, daß die Vorlage nicht in allen Punkten seinen Wünschen entspreche, aber die Beschlüsse seien mit wenigen Ausnahmen einstimmig erfolgt. Angesichts der bestehenden Verhältnisse sei man zu der Ansicht gekommen, daß es nicht anders gehe, als das Obligatorium der Krankenunterstützung beizubehalten und die ersten drei Unterstützungstage zu streichen. In der Staffellung, mit der wir uns beschäftigen mußten, sind einige Änderungen vorgenommen worden. Die Bestimmungen kommen nur für Neuzutretende in Betracht. Bei der Währungsunterstützung haben wir beschlossen, daß die Unterstützung in Bezugfall kommt, sobald innerhalb der sechs Wochen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Eine Erörterung und teilweise Änderung des Unterstützungssystems war nötig mit Rücksicht auf die von den Konjunkturen berührte Tabakindustrie. Der Verband muß auch gesichert werden gegen die dem Aufschwung folgende Krise. Auch gibt es in der Krise weniger Streiks, so daß Mittel mehr zur Unterstützung in Fällen der Erwerbslosigkeit gebraucht werden können, die in der Krise steigen. Ein Ausgleich wurde nach verschiedenen Seiten getroffen. Die Unterstützung, die nach § 9 Mitglieds, die ein selbständiges Gewerbe betreiben, bisher gezahlt worden ist, haben wir gestrichen, weil sie nach den Nachweisen des Vorstandes zu Mißbräuchen geführt hat.

So unangenehm uns diese oder jene Änderung sein mag, so müssen wir doch in den sauren Apfel beißen, denn wir müssen gegenüber der erstarkenden Fabrikantenkoalition den Verband kräftigen. Vom „guten Herzen“ der Unternehmer haben wir nichts zu erwarten, wir werden uns alles erkämpfen müssen. Ersparen können wir uns nichts, wir bedürfen alles zum Kampfe, darum müssen wir uns wappnen. Das werden alle unsere Mitglieder, die nun 6 Pf. Beitrag pro Woche mehr bezahlen müssen, einsehen, denn unser Verband muß auf einer realen Grundlage beruhen, wenn er im Lohnkampf für die Mitglieder Erfolge bringen soll. Wir betrachten die Vorlage als etwas Zusammenhängendes, denn wir haben alles geprüft und erwarten daher eine einstimmige Annahme der Vorlage. Die Bescheidung der Invalidenunterstützung ist aufgegeben worden. In Stelle des Mitgliedsbuches soll im ersten Halbjahr eine Mitgliedskarte dem Eingetretenen verabreicht werden. Redner bittet dringend, die Vorlage en bloc anzunehmen.

Es wird beschlossen, über die Vorlage en bloc abzustimmen. In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 55 gegen 17 Stimmen angenommen.

Beschlossen wird, daß das abgeänderte Statut am 1. Januar 1908 in Kraft tritt.

Nach Beratung der zur Streikunterstützung gestellten Anträge werden diese durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt resp. abgelehnt.

Die auf Gemahregeltenunterstützung gerichteten Anträge werden dem Vorstand überwiesen.

Dann wird beschlossen, der Erhöhung der Beiträge zur internationalen Organisation, wie sie vom letzten Internationalen Tabakarbeiterkongress in Stuttgart beschlossen worden ist, zuzustimmen.

Als Vertrauensmann für die Internationale Organisation wird Deichmann-Bremen gewählt.

Als Vorsitzender des Verbandes wird Deichmann, als 1. Sekretär Eberle, als 2. Sekretär Fiedermann, als Kassierer Rieder-Welland einstimmig wiedergewählt.

Als Vorsitzender des Ausschusses wird Eilen-Altona gewählt.

Die bisherigen Gauleiter werden nach § 18, letzter Absatz, von der Generalversammlung bestätigt.

Der Vorsitzende Ostertag weist auf die Bedeutsamkeit dieser Generalversammlung sowie auf die Schwierigkeiten der Arbeiten hin, dankt für die Arbeit aller Beteiligten und schließt die Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband.

Ein königl. bayerischer Regierungsrat über die Arbeiterbewegung.

In der Nr. 201 der konservativ-liberalen „Augsburger Abendzeitung“ nimmt der Regierungsrat v. Braun in einer mit großem Fleiße ausgearbeiteten Studie Stellung zur Landarbeiterfrage. Er ist der Meinung, daß den Landarbeitern ein gesellschaftliches Streikrecht unter keinen Umständen eingeräumt werden dürfe; etwas aber müsse für die Landarbeiter geschehen, schon im Interesse der landwirtschaftlichen Unternehmer selbst. Polizeimaßregeln seien wertlos. Vergnügungssucht und ähnliche Argumente seien für Erklärung der Landarbeiternot ebenfalls nicht maßgebend, denn:

„Die Ursachen liegen vielmehr tiefer und sind allein in der Entwicklung zu suchen, welche unser ganzes wirtschaftliches Leben in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Wir sehen selbst zu sehr inmitten dieses Entwicklungsvorganges, als daß uns die tiefgreifenden Veränderungen, die in der Struktur der einzelnen Bevölkerungsklassen vor sich gegangen sind, so recht zum Bewußtsein kämen. Wenn wir aber versuchen, die Verhältnisse mehr aus der Entfernung zu betrachten, kann es uns nicht entgehen, daß sich im Laufe der letzten 50 Jahre die Stellung des gewerblichen Arbeiters im öffentlichen Leben und vor allem gegenüber dem Arbeitgeber vollkommen verschoben hat. Aus dem in voller wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Fabrikherrn stehenden „Untergebenen“, dem jeder Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses und auf die Bestimmung der Lohnhöhe verweigert war, ist der nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich dem Arbeitgeber gleichberechtigte und gleich mächtige Arbeitnehmer geworden, dem noch heutiger Auffassung ein vollwertiges Mitbestimmungsrecht über alle Teile der Arbeitsordnung und der Arbeitsentlohnung zusteht, und der infolge der weitverzweigten Arbeiterkoalitionen von diesem Rechte in ausgiebigem Maße Gebrauch zu machen in der Lage ist. So sind im gewerblichen Leben Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht nur theoretisch, sondern auch tatsächlich vollkommen gleichberechtigte Vertragspartner geworden, welche in keinerlei Ueberbegriff Unterordnungszustand zueinander stehen. Aber auch die wirtschaftliche Stellung des gewerblichen Arbeiters hat sich wesentlich verschoben und wir sehen, daß auch jetzt noch der ganze Stand von dem leidenschaftlichen Streben nach einem Aufsteigen zu höheren Lebensbedingungen durchdrungen ist.

Die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, in denen sich dieses Streben äußert, haben ja bekanntlich zu schweren Störungen in unserem öffentlichen Leben geführt und erfüllen auch jetzt noch den Gewerbetreibenden und den Sozialpolitiker mit ernster Sorge. Aber von einem weiteren Gesichtspunkt aus können wir in diesem Aufwärtstreben doch nur die Uebergangsform zu einer höheren Stufe unserer Volkswirtschaft begrüßen. Die Kranken-, die Unfall- und die Invaliden- und Altersversicherung gehören dem Arbeiter schon jetzt für alle Fälle der Erwerbsbeschränkung oder Arbeitsunfähigkeit die zum Lebensunterhalte notwendigen Mittel; die Nachsicherung der Gewerkschaften bietet ihm Schutz gegen ungerichtete Minderung des Arbeitsverhältnisses und in einer Reihe von Fällen eine beschränkte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.“

Wermutswort ist das Anerkennen des Regierungsrats, daß „nach heutiger Auffassung dem Arbeiter ein vollwertiges Mitbestimmungsrecht über alle Teile der Arbeitsordnung und der Arbeitsentlohnung zusteht.“ d. h., daß der Arbeiter ein selbständiges Recht hat oder haben sollte, über alle Teile der Arbeitsordnung und der Arbeitsentlohnung selbständig mitzubestimmen, ein Recht, das heute von der großen Mehrzahl der Unternehmer nicht anerkannt, dessen Ausübung durch eine partielle Rechtsprechung oft hintangehalten wird und dessen Forderung recht häufig mit brutaler Ausprägung Taufend beantwortet wird, sehr oft auch mit Hilfe oder doch indirekter Unterstützung von Behörden, deren Mitglied der Herr Regierungsrat ist. Es mag auch immerhin anerkennend hervorgehoben werden, daß der königlich bayerische Regierungsrat in einem regierungsoffiziösen Blatt der Wahrheit durch die Erklärung die Ehre gibt, daß die Nachsicherung der Gewerkschaften dem Arbeiter Schutz gewährt und ihm andere wirtschaftliche Vorteile bietet. Dies Zugeständnis ist vielleicht für diejenigen, die dieselbe Behauptung, wenn sie aus dem Munde von Arbeitern kommt, nicht glauben, nicht ohne Eindruck und jedenfalls für die Agitation um so mehr nicht ohne Bedeutung, als die Darlegungen des Regierungsrats gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter zeigen, daß er sich zu einer Kenntnis der Gründe für die absolute Notwendigkeit freiesten und geschützten Koalitionsrechts für alle Arbeiter noch nicht durchgerungen hat. Die Ueberzeugung von dem Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter drängt sich der Beobachtung des Regierungsrats aus den Wirkungen der Organisation heraus auf und er ist offen genug, dieser Erkenntnis Raum zu geben. Aber der Grund, weshalb die Koalitionsbeschränkungen auch gegenüber Landarbeitern ein zum Himmel schreiendes Unrecht sind, ist dem Herrn Regierungsrat offenbar noch nicht klar. Sonst könnte er nicht für eine Einschränkung des Koalitionsrechts der Landarbeiter eintreten. Einige der Gründe, die gegen Koalitionsverbote auch hinsichtlich Arbeitern gegenüber von einem preussischen Minister geltend gemacht sind, mögen deshalb nachstehend kurz zusammengefaßt werden. Der Minister erklärte, das Koalitionsverbot ist ein strafrechtliches, zivilrechtliches und ökonomisches Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter. Das Koalitionsverbot, führte der Minister aus, steht „mit den Prinzipien des Strafrechts insofern nicht im Einklang, als die Handlung, welche von der Strafe getroffen wird, an sich eine schuldlose Rechtsverletzung nicht enthält. Sie wird als strafbar vielmehr nur erklärt wegen der Folgen einer vollendeten Arbeitseinstellung und zwar wegen solcher Folgen, welche mit der Arbeitseinstellung selbst nicht in notwendigem, sondern nur in möglichem Zusammenhang stehen, und welche von dem Willen derjenigen, welche die Arbeitseinstellung verabreden, unabhängig sind.“ Ein strafrechtliches Ausnahmengesetz sind die Koalitionsverbote auch deshalb, führte der preussische Minister mit Recht aus, „da die gemeinschaftliche Einstellung der Arbeit sich als ein Verbrechen oder Vergehen nicht charakterisieren läßt, so lange die Handlung von dem einzelnen Veräb, nicht strafbar ist. Der Umstand, daß mehrere zu einer verbrecherischen Handlung sich verbinden, gibt zwar in der Regel einen Grund zur Schwärzung der Strafe; das Strafrecht kennt aber sonst keinen Fall, wo eine an sich erlaubte Handlung dadurch zum Verbrechen oder Vergehen wird, daß mehrere sie gemeinschaftlich verüben oder sich dazu verabreden. . . . Was jeder einzelne Arbeiter zu tun befugt ist: die Arbeit einzustellen, soweit nicht vertragsmäßige Verpflichtungen ihn binden, wird gegen den Arbeitgeber nicht zu einem Unrecht oder einer Rechtsverletzung, wenn alle Arbeitgeber gleichzeitig es tun. Es wäre ein nicht zu lösender Widerspruch, wenn dieser von mehreren zu fordern berechtigt sein sollte, was jeder einzelne derselben zu verjagen befugt

ist. Dasselbe gilt umgekehrt von dem Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber im Falle der Entlassung. Die Anomalie tritt hier nur noch um so schärfer hervor, als der einzelne Arbeiter seine noch so zahlreichen Arbeiter sämtlich gleichzeitig entlassen kann, ohne daß er dem Strafgesetze verfällt.“

Der preussische Minister führt aus, weshalb die Koalitionsverbote auch ein zivilrechtliches Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter darstellen. Er legte dar: jedes Koalitionsverbot „greift ein in das Privatrecht als Ausnahmeverordnung ein. Der freie Gebrauch der Arbeitskraft und die freie Bestimmung der Bedingungen, unter welchen Arbeit geleistet wird, bildet im Bereich des Privatrechts die Regel, welche auch bezüglich aller übrigen Arbeiter als Ausfluß der Freiheit der Person ungewisslich gilt. Die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit enthalten eine Beschränkung in der Wahl der Mittel, welche auf die Bestimmung der Arbeitsbedingungen und namentlich des Arbeitslohnes einwirken können, indem sie die Verabredung der gemeinschaftlichen Arbeitseinstellung, durch welche der Annahme der Bedingungen Nachdruck verschafft werden soll, und welche einen solchen Nachdruck zu geben besonders geeignet ist, ausschließen.“

Die Mißhandlung der Ware Arbeitskraft durch Koalitionsverbote, die ökonomische Ausnahmestellung, die der Ware Arbeitskraft gegenüber jeder anderen Ware durch Koalitionsverbote zugefügt wird, legte der preussische Minister, dessen Ausführungen wir nicht nur dem bayerischen Regierungsrat zum Studium empfehlen, in folgenden Worten dar:

„Die Höhe der Arbeitslöhne bestimmt sich nach den Gesetzen, welche der Willkür des einzelnen entzogen sind, und welche im großen und ganzen zur Geltung kommen, mögen Koalitionen stattfinden und Verbote dagegen bestehen oder nicht. Der Satz, daß die Menge des Kapitals, welches Arbeit zu kaufen bereit ist, im Verhältnis zu der Menge derjenigen, welche Arbeit zu verkaufen bereit sind, den Preis der Arbeit bestimmt, ist indes eine Wahrheit, welche ihren konkreten Ausdruck für den einzelnen Fall nicht unmittelbar und von selbst, sondern mittelbar durch ein Handeln zwischen Käufer und Verkäufer erhält und diesen Ausdruck in dem Maße schneller und sicherer erhalten muß, in welchem das Handeln zwischen den Parteien frei von jeder äußeren Beschränkung ist. In diesem Sinne ist es von Wert, daß die Arbeiter in der Bereinigung die Kraft suchen können, welche dem einzelnen abgeht, und durch Androhung gemeinschaftlicher Arbeitseinstellung ein richtiges Verhältnis in der Bemessung des Lohnes zum Unternehmerrgewinn herbeiführen.“

Der preussische Minister legt endlich auch eingehend dar: „auch bezüglich der Erntearbeiten läßt sich eine Gefahr, wie sie von mehreren landwirtschaftlichen Vereinen bejagt wird, mit Grund nicht erwarten.“

Der Minister, der so schrieb, hieß v. Ihenplih, der in dem Gesetzentwurf vom 10. Februar 1886 die Beseitigung der Koalitionsverbote gegen alle, auch die ländlichen Arbeiter verlangte. Das Aktienstück ist in seinem wesentlichen Teil im „Vorwärts“ vom 25. November 1906 abgedruckt. Sein Studium ist nicht nur dem bayerischen Regierungsrat dringend zu empfehlen. Damals, kurz vor dem Kriege von 1886, kam Bismarck und Ihenplih die Erläuterung, daß die Schmach der gegen die Arbeiter in Form von Koalitionsverböten bestehenden Ausnahmestellung beseitigt werden müsse. Die Aufhebung dieser Ausnahmestellung wurde versprochen. Nach dem Kriege kam es anders.

Fünfter Verbandstag des Seemannsverbandes.

Hamburg, 21. Oktober.

Der Verbandstag findet in der Zeit vom 21. bis 25. Oktober im Gewerkschaftshaus zu Hamburg statt. Dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht für die Jahre 1905/06 entnehmen wir folgende Angaben: Während der Verband im Jahre 1905 nur 20 Mitglieder zählte, hatte er 1906 deren 84; die Mitgliederzahl stieg von 7545 auf 13 875, das Vermögen der Kasse von 92 383 auf 88 140 M., das der Mitgliedschaften von 87 452 auf 44 480 M. Die rege Agitationsarbeit auf Schiffen und in Barsammlungen, die in Danzig, Königsberg und Rempel gemeinsam mit den Hafenarbeitern durch Anstellung von Beamten betrieben wurde, hat mithin glänzende Erfolge gezeitigt.

Eingehend wird der großen Kämpfe in der Verichtsperiode gedacht. Noch nie ging es seit dem großen Kampfe von 1896/97 so hart her, wie in dieser Periode. Das Unternehmertum haßt die Gewerkschaftsbewegung, weil deren Ziele den kapitalistischen Ausbeuterinteressen zuwiderlaufen; das gilt von der Seemannsbewegung ganz besonders. Ein Teil der Meeder läuft direkt Gefahr, dem Jährenwahn zu verfallen. In ihren despotisch-autokratischen Vorstellungen haben sie jedes Verständnis für fortschrittliche und selbständige Regungen und Bestrebungen des seemannischen Arbeiters verloren, machen ihm das Recht der Selbsthilfe streitig und drücken ihn am liebsten zum willenlosen Werkzeug herab. Die großen schweren Kämpfe der letzten Jahre, die Meeresstreiks und Meeresausperrungen sind die besten Beweise dafür. Alles läuft auf Zerstörung der Organisation, auf Sprengung der Gewerkschaftsfasen, auf Entrechtung, Anelbelung und freierer Ausbeutung der Arbeiter hinaus. Die Meeder lieben die liberale und fortschrittliche Pose. Ihre Taten strafen aber ihre Worte Lügen. Der Bericht läßt dann die Scharfsamerbestrebungen der Meeder Revue passieren, schildert deren Einberufungs-„Löhne“ und bezeichnet die erneute Rebellion der Seemannsordnung als unerlässlich. Sie gewährt dem Seemann nicht einmal das, was sie ihm nach Ansicht und Absicht der Gesetzgeber bieten sollte. Das gilt von der Organisation und Zusammenfassung der Seemannsämter, der Richtbezählung der Ueberhundenarbeit in der Freizeit auf See, den geschwundenen Musterrollen, dem Stellvermittlungsgesetz usw. Die Bestrebungen auf Gründung eines Seemannsarbeiter-Industrieverbandes führten bislang zu keinem Ergebnis.

Das Verbandsorgan „Der Seemann“ hatte in den beiden Jahren 11 Freiprozesse zu bestehen. Die Auflage betrug 1905: 5000 bis 5500, 1906: 6000 bis 7000, die des Seemannskalenders 5000 bzw. 6000, des Verbandsprotokolls 5000, des „Kaisers“ 3000. Ferner wurden fünf Flugblätter in einer Auflage von etwa 30 000 herausgegeben. Außerdem wird für Bildung und Aufklärung durch selbstgeschaffene Kolportagen und Verkauf, Vermittlung der Arbeiterpresse, Broschüren und Bücher gefordert. Hamburg hat sogar Schiffsbibliotheken eingerichtet, deren Erfolg alle Erwartungen überstiegen hat.

Die Hauptkasse hatte 1905 eine Einnahme von 27 473,60 M., eine Ausgabe von 21 257,19 M., 1906 dagegen stand einer Einnahme von 110 299 M. eine Ausgabe von 101 825 M. gegenüber. Die größte Zahlstelle ist Hamburg mit 3750 Mitgliedern, dann folgen Bremerhaven mit 8117, Stettin mit 1750, Flensburg mit 1254, Bremen mit 688, Rostock mit 344, Lübeck mit 196, Kiel mit 108, Danzig mit 142, Antwerpen mit 106 Mitgliedern usw.

Auf der reichhaltigen Tagesordnung stehen u. a. die „Reorganisation des Verbandes“ und die „Taktik im wirtschaftlichen Kampfe“.

Der Verbandstag wurde um 10 Uhr vormittags im Gewerkschaftshaus eröffnet. Der Verbandsvorsitzende Paul Müller wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß zum ersten Male die Seeleute in dem eigenen Heim der Arbeiter lagen. Der Verbandstag trete in einem geschichtlich bedeutsamen Moment zusammen; vor zehn Jahren sei in Hamburg der erste deutsche Seemannskongress zusammengetreten zum Zwecke, die Kräfte der Seeleute in einer Zentralorganisation zusammenzufassen. Wie im Rheinland für die Industrie, so sige in Hamburg für Handel, Verkehr und Schifffahrt der Ort der richtungswichtigsten Reaktion; hier herrschen Könige des Kapitals gewalttätiger, als irgend ein gekrönter Potentat, gewißt und bereit, die Organisationen zu vernichten, die Arbeiter zu unterjochen und ausbeuten. Der ewig denkwürdige Kampf von 1896/97 gab den Anstoß zur Schaffung des Verbandes, die der verberblichen Versplitterung ein Ende bereite. So klarte die Reaktion die rückwärtigen Massen auf und schweißte sie zusammen. Obwohl man mit Hilfe der Behörden bemüht war, den Verband im Reine zu er-

stiden, ging es langsam aber sicher vorwärts. Der Verband hat sich bemüht, auf friedlichem Wege das Los der Seeleute zu bessern, ihnen Rechte und Freiheiten zu schaffen, aber die Meeder bereiteten dies. Wir haben uns damit abgefunden und zu anderen Waffen gegriffen. Den Ernst der Situation verkennen wir nicht; dem Scheitern auf politischem Gebiete möchte man gar zu gern das Niederbreiten der Gewerkschaften folgen lassen. Die Notwendigkeit des Verbandes wird durch seine Existenz, seine Erfolge bewiesen. Ohne ihn kein Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiet. So wie die Meeder eifrig an ihrer Organisation bauen, so müssen wir es gleichfalls tun. Wir werden uns mit der Frage des Industrieverbandes, der Chinesen (Farbigen) Frage, der Revision der Seemannsordnung und der sonstigen seemannischen Gesetzgebung, der Reorganisation des Verbandes beschäftigen. Und wir werden diese Fragen als Männer erledigen, die sich der Verantwortlichkeit ihrer Aufgabe bewußt sind.

Anwesend sind 23 Delegierte, fünf sonstige Verbandsfunktionäre, Schumann-Berlin für die Generalkommission und mit Schulz-Berlin zugleich für den Verband der Transportarbeiter, Döring für den Hafenarbeiterverband, Scheffel für die Heizer und Maschinenisten, Meinde für die Eisenbahner und Johade für die Internationale Transportarbeiter-Föderation.

Schumann wünschte namens der Gäste, daß dieser Verbandstag dazu beitragen möge, daß bald eine einheitliche Organisation aller verwandten Berufe zustande komme.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten ergänzte Paul Müller den gedruckt vorliegenden Bericht und gab eine Reihe praktischer Ratschläge für die mündliche und schriftliche Agitation.

Redner forderte den Ausbau des Seemannsvereins, nicht aus Vorliebe für das Beamtenum, sondern im Interesse der Organisation, und behandelte dann die Frage des Industrieverbandes. Hier handelte es sich nicht bloß um eine Ausbesserung, sondern um die Fällung eines maßgebenden Beschlusses. Nachdem durch die Urabstimmung im Hafenarbeiterverband die Frage auf den toten Punkt geraten gewesen, seien fürzlich in erneuten Beratungen Grundlagen für die Lösung derselben geschaffen. Kämpfe werde es selbstverständlich auch nach Schaffung des Industrieverbandes geben. Funktionäre Generalstreikschwärmer, wie sie sich zum Teil bemerkbar mache, sei nicht am Platze, man müsse auf dem rauen Boden der Wirklichkeit bleiben. Aus dem Zusammenschluß würden wohl manche Schwierigkeiten erwachsen, aber die Vorteile überwiegen so sehr, daß man sich als verständiger Mensch nicht dagegen sträuben dürfe. Der Vorstand empfahl folgende Resolution:

Der 5. Verbandstag des Seemannsverbandes in Deutschland anerkennt erneut die Notwendigkeit des immer engeren Zusammenschlusses der im Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigten Arbeiter auf streng zentralistischer Grundlage; er anerkennt auch prinzipiell die Notwendigkeit der Vereinigung der hier in Frage kommenden Berufsverbände zu einem allgemeinen, alle Berufsgruppen im Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande umfassenden Industrieverband.

Diese organisatorischen Notwendigkeiten ergeben sich für die Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande aus der ständig vor sich gehenden Konzentration des Kapitals, aus der sich immer strenger und einseitiger vollziehenden totalen, nationalen und internationalen Organisation der Unternehmer in Verbindung mit einer deutlich erkenn- und merkbaren Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes, soweit insbesondere der Schiffahrtsbetrieb in Frage kommt.

Ungeachtet dessen erklärt der Verbandstag, daß der im Prinzip anerkennende Industrieverband nur dann die nötige Lebens- und Entwicklungsfähigkeit und Stetigkeit besitzen und praktisch betätigen kann, wenn er den gesonderten, in der Eigenart der Berufe begründeten Interessen sowohl in der Form der Gliederung und des organisatorischen Auf- und Ausbaues, als auch

in agitatorischer und taktischer Beziehung in hinreichendem Maße Rechnung trägt.

Von dieser notwendigen Erkenntnis ausgehend, akzeptiert der Verbandstag die Grundlage, die die lizenzierten Zentralverbände in der Hamburger Konferenz vom 7. und 8. September 1906 für den Zusammenschluß der fraglichen Verbände in einem allgemeinen Industrieverband gegeben haben, und ermächtigt den Zentralvorstand auf dieser Grundlage zu weiteren Unterhandlungen — wenn solche von den übrigen Verbänden gewünscht werden — um so den Plan eines Industrieverbandes für alle Transportarbeitergruppen zu realisieren.

Von der weiteren Erkenntnis ausgehend, daß der zu gründende Industrieverband der Transportarbeiter nur dann die in ihm gesetzten Erwartungen erfüllen kann und wird, wenn er alle Gruppen der Transportarbeiter umfaßt, lehnt der 5. Verbandstag des Seemannsverbandes den vorherigen Zusammenschluß mit einem der hier in Frage kommenden zentralen Berufsverbände ab, ermächtigt aber den Zentralvorstand, wenn auch nicht mit künstlicher Forcierung, so doch mit der erforderlichen Umsicht und zeitlichen Beschränkung, bei dem sicher zu erwartenden Entgegenkommen der übrigen Berufsverbände, die erstrebte und als unabwendbare Notwendigkeit anerkannte Schaffung des Industrieverbandes auf der vorerwähnten Grundlage zu fördern, um sie baldigst zur Tat werden zu lassen.

Der Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe, der Vergroßerung ihres Umfanges müsse durch Zusammenfassung aller Kräfte begegnet werden. Den Seeleuten müsse aber ihr Organ belassen werden; werde ihnen das genommen, so werde der Lebensnerv abgeschnitten. Er halte auch die Schaffung mehrerer Blätter unter einer kollegialen, in allen Prinzipienfragen sich verständigenden, einseitlich arbeitenden Redaktion für recht einfach. Sollte aber der Zusammenschluß erfolgen, so müsse der Seemannsverband erst durch Umgestaltung seiner Beiträge und Unterstüßungseinrichtungen aufnahmefähig gemacht werden. Alle anderen Organisationen hätten solche und würden sie aus Liebe zu den Seeleuten selbstverständlich nicht aufgeben. Der Zusammenschluß sei durchführbar, wenn man mit dem nötigen Ernst und Verständnis ans Werk gehe.

Hamburg, 22. Oktober. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Der Verbandstag der Seeleute hat die Resolution über Industrieverband und Chinesenfrage angenommen.

Vermischtes.

Ein Pulvermagazin in die Luft geflogen. Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Reusala, daß gestern nachmittag das in der Nähe der Stadt gelegene Pulvermagazin mit starkem Getöse in die Luft geflogen ist. Die Untersuchung ergab, daß auf der Schwelle des Pulvermagazins verstreut liegendes Pulver von jungen Durcken angezündet worden war. Einer von diesen ist dabei stark verletzt worden.

Schiffsunfälle. Der Rebel, der in der vergangenen Nacht auf der Elbe herrschte, verursachte, wie aus Hamburg gemeldet wird, mehrere schwere Schädigungen. Mehrere Dampfer gerieten auf Grund. Die ankommenden Dampfer „Sephora Worms“ und „Thérèse et Marie“ kamen mit dem ebenfalls ankommenden Dampfer „Langer“ in Kollision und kollidierten dann unter sich. Die „Langer“ und die „Sephora Worms“ erlitten Beschädigungen, während die „Thérèse et Marie“ bei Blankensee auf Grund geriet und sitzen blieb.

Die „besonders nützlichen“ Elemente. Nach einer Meldung aus Solingen fand gestern nachts in einer Wirtschaft zwischen beim Bahnbau Müngsten-Solingen beschäftigten Kroaten und Oesterreichern eine blutige Schlägerei statt. Ein österreichischer Schacht-

meister wurde getötet, ein Arbeiter durch einen Revolverbeschuß tödlich und der Wirt schwer verletzt.

Zugzusammenstoß — 18 Tote. Sosnowice, 22. Oktober. Heute vormittag fuhr hier ein Personenzug der Weichsel-Pragener Eisenbahn auf einen hier stehenden Güterzug auf. Bisher sind 18 Tote gezählt.

Nach weiteren Meldungen sind bei dem Eisenbahnunfall außer den achtzehn getöteten Personen zwanzig, teilweise schwer, verletzt worden.

Das Bennentrennen der Luft.

In St. Louis begann am Montagmorgen 4 Uhr der Ballon-aufstieg zu dem internationalen Wettfliegen. Der deutsche Ballon Gommern-Erdbeobachtungsflug stieg zuerst auf und segelte in nördlicher Richtung davon. Die übrigen acht Ballons folgten in Zwischenräumen von je 5 Minuten. Der Ballon Mac Gohs wurde in der Nähe von Mount Vernon, 150 Meilen nordöstlich von St. Louis, in östlicher Richtung gesehen. Zwei andere Ballons passierten um Ritternack Jacksonville im Staate Illinois nördlich von St. Louis. Die Ballons machten allem Anscheine nach eine Schwenkung von Nordost nach Osten gegen den Erie- und Ontario-See zu, so daß sie nach dem südwestlichen Kanada gelangen dürften.

Die Pest. In Dänkirchen erklärte der Hafenzug zwei Matrosen des aus Tunis eingetroffenen Dampfers „Provincia“ für pestkrank. Alle übrigen Matrosen sowie die Verloader des Schiffes wurden sofort mit Antipesterum geimpft; auch sonst wurden alle zweckmäßigen Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Das Erdbeben in Zentralasien dauerte nach einer Meldung aus Samarkand mit Unterbrechungen bis 5 Uhr nachmittags fort. Zwei turkmenische Frauen wurden durch einstürzende Häuser getötet. Die Bewohner der Stadt lagern außerhalb der Wohnungen, da sie eine Wiederholung des Erdbebens befürchten. Montagabend um 10^{1/2}, und 11 Uhr sowie gestern früh 5 Uhr wurden in Samarkand abermals schwache Erdbeben verspürt.

Petersburger Meldung zufolge wurde Montagvormittag in Transkaspien ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt. In dem Boden bildeten sich Risse. Abends wurden nochmals mehrere schwächere Erdstöße wahrgenommen.

Die Opfer der Ueberschwemmungen in Spanien. Der „Imparcial“ in Madrid gibt amtlich die Zahl der bei den Ueberschwemmungen in Malaga und Umgebung ums Leben gekommenen Personen auf 102 an. Die Zeitungen melden, daß fortwährend Wellenbrüche und Stürme über die ganze Pyrenäenhalbinsel niederzogen. Die Telegraphenverbindungen seien unterbrochen, die Chausseen und Wege unpassierbar.

Witterungsübersicht vom 22. Oktober 1907.

Stationen	Barometere Stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temperat. in °C	Stationen	Barometere Stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temperat. in °C
St. Petersburg	764	S	2	Rebel	11	Haparanda	771	S	2	Wolklos	-1
Hamburg	763	SO	2	bedeckt	11	Petersburg	769	SO	3	1 bedeckt	8
Berlin	764	SO	2	Wolklos	9	St. Gallen	762	SO	3	Wolklos	11
Frankf. a. M.	765	D	3	Rebel	9	Rebecen	768	SO	3	Wolklos	7
München	760	W	2	halb bd.	4	Paris	764	SO	3	1 halb bd.	12
Wien	767	SO	1	bedeckt	8						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 23. Oktober 1907. Vorwiegend neblig oder wolkig, am Tage etwas kühler bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau

Sie allein haben den Schaden davon.

wenn Sie statt des echten Kathreiners Malzkaffee irgend eine minderwertige Nachahmung mit nach Hause nehmen. Der echte „Kathreiner“ hat den würzigsten, kaffeeähnlichsten Wohlgeschmack. Achten Sie deshalb beim Einkaufe genau auf die Kennzeichen des echten Kathreiners Malzkaffee! Diese sind:

1. Das geschlossene Paket in der bekannten Ausstattung mit Bild u. Namen d. Pfarrers Kneipp.
2. Die Firma „Kathreiners Malzkaffee-Fabriken“.

Sie ersparen sich Uerger und Enttäuschung, wenn Sie sich die angeführten Kennzeichen des echten „Kathreiner“ fest einprägen und jede Nachahmung-energisch zurückweisen.

Orts-Krankenkasse der Nadler u. Siebmacher zu Berlin. Sonnabend, den 9. November etc., abends 8 Uhr, im Lokal von Wollschläger, Hallescher Str. 21:

Ordentl. General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Wahlen zum Vorstand (2 Arbeit-geber, 2 Arbeitnehmer).
 2. Berichten der Protokolle.
 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnungen pro 1907.
 4. Kassangelegenheiten.
- Die Herren Arbeitgeber wählen um 8 Uhr, die Arbeitnehmer um 8^{1/2} Uhr. Nach Schluß der Wahlen findet zur Erledigung der übrigen Punkte der Tages-Ordnung eine gemeinschaftliche Versammlung statt. Berlin, im Oktober 1907. Der Vorstand. S. A.: Rob. Schmidt, Vor.

Steppdecken billigt direkt in der Fabrik 72. Wallstr. 72. wo auch alle Steppdecken aufgebesselt werden. Bernhard Strommabel, Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

Julius Meyer Restaurant, Oranienstr. 103. Jeden Sonntag: Gemütl. Beisammensein und Tanz.

Ben Schira Cigaretten sind die besten. Stärke A. 2 Pfg. Ultra. 3 Pfg. Nächst in allen Cigarrengeschäften.

Ein Triumph der deutschen Zigaretten-Fabrikation! Selowsky's Caruso-Zigaretten trotz unübertrefflicher Qualität und garantiert feinsten Handarbeit nur 3 Pf. per Stück!

Achtung! Arnswalde-Friedeberg!

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen, sowie alle hier arbeitenden und wohnenden Bauhandwerker aus dem Kreise!

Mittwoch, den 23. Oktober 1907, abends 8^{1/2} Uhr: Öffentliche Versammlung

bei Boeker, Weberstr. 17: Da wichtige Kreisangelegenheiten zur Erörterung gelangen sollen, ist jedermann verpflichtet, zu erscheinen und für die Versammlung zu agitieren. 299/12 S. A.: Emil Hausch, Weberstr. 30.

Achtung! Mechaniker. Achtung!

Am Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr,

findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 8, eine Besprechung sämtlicher Delegierten der Orts-Krankenkasse der Mechaniker

statt, wozu auch die Beiratsmitglieder der betreffenden Betriebe eingeladen sind. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Einberufer: M. Gutsch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Bautischler. Achtung! Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17: Branchen-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Der Bericht des Einigungsamtes und die Angelegenheiten der Unter-nehmer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 96/9
- Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß jeder einzelne in der Versammlung erscheint! Mitgliedsbuch legitimiert. Die Branchenkommision.

Öffentliche Versammlung Gast- und Schankwirte

von Adlershof und Umgegend am Freitag, den 25. Oktober 1907, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kühne, Bülowstraße 60. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Siska-Berlin über Bier- und Kaffeehand- 70/20. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Am Interesse sämtlicher Kollegen ist es notwendig, die Versammlung zu besuchen. Der Einberufer

Dritter Wahlkreis.

Sonntag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale der Neuen Arminhallen
(Gebr. Mielitz), Kommandantenstraße Nr. 58/59:

Öffentliche

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Redakteurs Genossen Heinrich Ströbel über:

„Unser Kampf gegen Volkstrentung u. Volksausbeutung.“

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. — Tanz frei.

Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet

Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstraße 28.

Filiale Berlin.

Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Donnerstag, den 24. Oktober 1907, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in „Präfers Festsälen“, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Der Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände für das Malergewerbe Deutschlands in Hannover. Referent: Kollege Jakobelt. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Delegierten der Gewerkschaftskommission. 4. Abrechnung vom 3. Quartal 1907. 5. Verbandsangelegenheiten. Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung erwarten wir, daß jeder Kollege erscheint.

Die Ortsverwaltung.

Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß wegen der Zahlreiche unsere Versammlung nicht ausfallen kann, wir aber auch das Thema der Zahlreiche mitbehandeln werden.

D. C.

Achtung! Fliesenleger u. Hilfsarbeiter Berlins! Achtung!

Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:

Öffentl. Versammlung

im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstraße 72.

Tages-Ordnung:

Das Ultimatum der Fliesengeschäfte bezüglich der Anerkennung ihrer und präferierten Lohn- und Arbeitsbedingungen, und welche Antwort geben die Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins darauf?

Kollegen! Erscheint in dieser Versammlung Mann für Mann, denn sie hat zu entscheiden, welche Schritte gegen das jegliche Vorgehen der Unternehmer unsererseits zu tun sind.

Die Tarifkommission. J. A.: Herm. Puttlich.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Verte Kollegen!

Die für Donnerstag, den 24. Oktober geplanten Agitationsversammlungen fallen infolge des Extrazahlendags aus; ebenso die für die Sektion der Gips- und Zementbranche festgesetzte Bezirksversammlung für Draniensburger Vorstadt.

210/11

Die Verbandsleitung.

Gastwirte! Anherordentliche General-Versammlung.

Mitglieder d. Genossenschaftsbrauerei in Friedrichshagen Heute Mittwoch, den 23. Oktober, nachm. 4 Uhr, bei Bude in Friedrichshagen, Prinzen-Allee 30:
Tages-Ordnung: Fortsetzung der Statutenberatung. Da diese für alle Genossenschaftler sehr wichtige Versammlung im Freien Gastwirt nicht annonciert wurde, auch die Einladungsarten erst Montag abend mit der letzten Post eintrafen, so ist es Pflicht aller Genossenschaftler, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. Fahrgelegenheit: Linien 69 und 70 der elektrischen Straßenbahn bis Ecke Luisenstraße oder mit der Stadtbahn bis Bahnhof Lichtenberg-Friedrichshagen. 8165
J. A. mehrerer Interessenten: Franz Schmidt, Paulusstr. 25.

Salò am Gardasee Italien-Riviera

Hotel-Pension Villa „Halkyone“

früheres Heim des Dichters
Otto Erich Hartleben.

Vornehme Familienpension.

Pensionspreis von 7 Lire an.
Prachtvoller großer Garten.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Diese Woche, sowohl Vorrat

ALEXANDERPLATZ

Besonders preiswertes

Lebensmittel-Angebot

Konserven.

	1/2 Dose	1/2 Dose	1/2 Dose	1/2 Dose
Stangenspargel 20 bis 24 Stangen ..	1 ⁴⁰	75 Pf.		
Stangenspargel 26 bis 30 Stangen ..	1 ²⁵	68 Pf.		
Riesen-Bruchspargel mit Köpfen	1 ¹⁸	64 Pf.		
Bruchspargel prima la. mit Köpfen ..	1 ⁰⁵			
Bruchspargel I ohne Köpfe	55	33 Pf.	Ananas-Erdbeeren	88 Pf.
Spinat	38	24 Pf.	Walderdbeeren ...	1 ⁰⁵ 58 Pf.
Pfefferlinge	40	25 Pf.	Sauerkirschen ohne Stein	90 50 Pf.
Preisselbeeren ...	65 Pf.		Sauerkirschen mit Stein	63 37 Pf.

Wild und Geflügel

Prima Hasen gestreift	3 ⁰⁰			
Prima starke Hasen gestreift	3 ²⁵			
Rebhühner junge	1 ³⁵			
Fasanenhähne starke ..	2 ⁵⁰	Pr. Oderbr. Fettgänse	65	
Fasanenhennen starke ..	1 ⁸⁵	Junge Brathühner von	90 an	
Wildenten grosse ...	1 ⁵⁰ 2 ⁰⁰	Pr. Suppenhühner von	1 ⁷⁵ an	
Hirschwild Pfund	Rücken 1 ⁰⁰	Keule	90	Blatt 50 Ragout 40 Pf.

Pa. Räucherlachs 80 Pf.
In ganz. Salzen 70 Pf. In Stücken 75 Pf. Pfund.

Ein grosser Posten
Guatemalakaffee 70 Pf.
gebrannt, kräftige, reinschm. Qual. Pfund.

Ein grosser Posten
Frühstücks-Tee 85 Pf.
vorzügliche Qualität

Fleischwaren

Pr. Holstein. Cervelat u. Salami	Pfd.	1 ²⁰
Prima Plockwurst	Pfd.	1 ¹⁰
Thüringer Knoblauchwurst ..	Pfd.	1 ¹⁰
Delik. Schinkenspeck	Pfd.	90 Pf.
Delik. Leberwurst	Pfd.	70 Pf.
ff. Leberwurst la	Pfd.	90 Pf.
Pr. Landleberwurst	Pfd.	85 Pf.
Zwiebelleberwurst	Pfd.	45 Pf.
Jagdwurst	Pfd.	95 Pf.
Rotwurst	Pfd.	45 Pf.
Rotwurst angeräuchert	Pfd.	65 Pf.
ff. Fleischrotwurst	Pfd.	80 Pf.
Cassler Rippespeer	Pfd.	80 Pf.

Frisches Obst

ff. Tafeläpfel	3 Pfd.	35 Pf.	5 Pfd.	50 Pf.
ff. Tafelbirnen	3 Pfd.	35 Pf.	5 Pfd.	50 Pf.
Prima Kochäpfel ..	5 Pfd.	45 Pf.	10 Pfd.	80 Pf.
Prima Kochbirnen	5 Pfd.	45 Pf.	10 Pfd.	80 Pf.
Tafelbeigen Kistchen ...		28 Pf.	Paranüsse Pfd.	65 Pf.
Maronen Pfd.		15 Pf.	Citronen Dtzd.	25 35 Pf.
Prima Ananas	Pfd.	68 Pf.		

Kolonialwaren

Reis Pfd.	16 21 23 32 Pf.	b. Abnahme v. 3 Pfd. p. Pfd. 3 Pf. billiger bei 3 Pfd.
Erbsen Prima geschält ..	Pfd.	18 Pf. 17 Pf.
Erbsen Viktoria ungeschält ..	Pfd.	17 Pf. 16 Pf.
Erbsen grün	Pfd.	16 Pf. 15 Pf.
Bohnen lange	Pfd.	18 Pf. 17 Pf.
Bohnen kleine	Pfd.	15 Pf. 14 Pf.
Linsen grosse	Pfd.	36 Pf. 35 Pf.
Linsen mittel	Pfd.	28 Pf. 26 Pf.
Eiergrauen	Facon- u. Maccaroni-schnitte u. Nud. Pfd.	34 Pf. 33 Pf.
Schnitt-Bandnudeln ..	Pfd.	34 Pf. 33 Pf.
Maccaroni	Pfd.	34 Pf. 33 Pf.
Schnitt-Bandnudeln la ..	Pfd.	46 Pf. 45 Pf.

An die Wahlvereinsmitglieder Groß-Berlins!

Parteigenossen! Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission, welcher einstimmig beschlossen hat, die Firma A. Jandorf u. Co. in Berlin zu boykottieren, ist mit dem Ersuchen an uns herantreten, diesem Beschlusse gleichfalls zuzustimmen...

Extra-Zahlabend

zur endgültigen Beschlussfassung zu unterbreiten und die Annahme des Boykotts zu empfehlen.

Donnerstag, den 24. Oktober

abends zu den üblichen Stunden hiermit ein. Informierendes Material wird seitens des Verbandsbureaus am Mittwoch versandt und ist von Mittwochabend an auf den Stellen in Empfang zu nehmen...

Wir ersuchen die Leiter der Zahlabende, dafür Sorge zu tragen, daß die Lokale, in welchen der regelmäßige Zahlabend sonst abgehalten wird, am 24. Oktober zur Verfügung stehen...

Mit Parteigrüß: Der Zentral-Vorstand.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Die sozialdemokratischen Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl

sind nunmehr in allen zur Wahl stehenden Bezirken der 3. Abteilung aufgestellt. Es kandidieren im

Table with 2 columns: Kommunal-Wahlbezirk and Kandidat. Lists candidates for various districts including Dr. Alfred Bernstein, Gottfried Schulz, and others.

Im 44. Kommunalwahlbezirk

der ein Teil von Moabit ist und die Stadtbezirke 293 bis 298 umfasst, hatten unsere Genossen am Montag in der Moabiter Brauerei (Zurmstraße) eine öffentliche Kommunalwählerversammlung veranstaltet.

An demselben Abend sahen in demselben Lokal in einem Nebenlokal die Konservativen beisammen. Moabit war von jeder die Hoffnung der Konservativen, von Moabit erwarten sie auch diesmal Großes.

oder sich als antisemitisch empfehlen, das ändert nichts an der Gemeingefährlichkeit ihres kommunalen Wirkens.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 27. Oktober, abends 6 Uhr, findet in den Neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 68/69, eine Versammlung für Männer und Frauen statt.

Der Einberufer. Rixdorf! Der Extra-Zahlabend findet in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk bei Schäfer, Kottbuser Damm 103.

Der zu Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, angelegte Vortragskursus über den „Bau des Weltensystems“ von Bruno Vorhard fällt aus.

Charlottenburg. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß der Extra-Zahlabend für Charlottenburg heute Mittwoch stattfindet.

Stralau. Der Extra-Zahlabend am morgigen Donnerstag findet im Restaurant Wänke, Alt-Stralau 3, statt.

Treptow-Baumshulenkweg. Parteigenossen! Auch in unserem Ort finden morgen die Extra-Zahlabende statt.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Reiche der Schulpolizei.

Vor mehreren Monaten teilten wir mit, daß die Schulpolizei der Stadt Berlin, die dem Oberbürgermeister untersteht, schweres Ungeheuer über einen Mann gebracht habe, indem sie gegen ihn irrtümlich eine Schulverweisungsstrafe festsetzte.

Am Montag stand nun derselbe Schmidt vor den Schöffen derselben Abteilung 144, die ihn im Februar zu 4 Mark beziehungsweise 2 Tagen verurteilt hatte.

Der Angeklagte hand jetzt ein Verteidiger in der Person des Rechtsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld zur Seite.

Für uns ist die Angelegenheit mit diesem Urteil nicht erledigt. Sie bedarf noch immer der Aufklärung, die in der Gerichtsver-

handlung nicht herbeigeführt werden konnte. Noch immer ist dunkel, wie der falsche Schmidt überhaupt in die Akten der Schulpolizei hineingelangt ist.

Der Schwemmsand der Spree macht sich in dem oberen Flußlaufe recht unangenehm bemerkbar. Bei jedem Hochwasser bringt die Spree aus dem Gebirge große Sandmassen mit.

Die Verwalterin des Mädchenheims als Defraudantin. Nach Unterschlagung von 600 Mark ist die Verwalterin Anita Dehn, die in einem Mädchenheim angestellt war, verschwunden.

Von einem angeschossenen Reiter zerfleischt. Ein blutiger Zwischenfall hat sich bei einer Saujagd in der Nähe von Freienwalde abgespielt.

Große Aufregung rief am Montagabend am Tempelhofer Ufer der Selbstmordversuch einer lebensmüden Frau hervor.

Die Leiche einer Unbekannten ist gestern aus dem Landwehrkanal gelandet worden. In der Nähe der neuen Schiene wurde die Leiche am Ufer geschwemmt und geborgen.

Warnung. Der Polizeipräsident teilt mit: In hiesigen und auswärtigen Zeitungen werden in letzter Zeit gegen Menstruationsstörungen und Blutstodungen der Frauen sogenannte Menstruations-tropfen Regina empfohlen.

Der Polizeifabel im Polizeibureau. In der Nacht von Montag zu Dienstag wurde der Bauwächter Albert Lahn aus der Reinholdstr. 57, den er bewachte, nach dem 5. Polizeirevier in Rixdorf geführt.

In der Versammlung in der Neuen Welt am 21. d. M. sind zwei Damenschirme und ein Stod gefunden worden. Die Gegenstände können vom Berliner Verbandsbureau, Lindenstr. 69, 3. Hof links 3 Tr. abgeholt werden.

Wer ist der Tote? Am 8. Oktober abends gegen 9 Uhr wurde ein unbekannter Mann in dem Auskutschungsstall am Verlorenen Weg, Ecke Thorerstraße, in besinnungslosem Zustande aufgefunden.

Wortverfuch auf dem Kirchhofe.

Ein blutiges Eifersuchtsdrama hat sich gestern Abend in der Dämmerstunde auf dem Schöneberger Gemeindefriedhof an der Magistraße abgespielt. Am Grabe ihres geschiedenen Mannes, des Bureauvorstehers Ehrling, verlor die 40jährige Ehefrau Margarete Ehrling die spätere Frau ihres Mannes, die um zehn Jahre jüngere Anna Ehrling, zu erschließen. Sie brachte ihr eine lebensgefährliche Schußwunde an der Stirn bei. Eifersucht und gekränktes Ehrgefühl waren die Motive zu der Tragödie. Vor etwa 25 Jahren heiratete der Bureauvorsteher Ehrling seine erste Frau. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor. In den letzten Jahren seines Lebens war E. bei einem hiesigen Rechtsanwalts B. als Bureauvorsteher tätig. Vor 20 Jahren lernte er seine spätere Frau kennen. Er trat, trotzdem er Frau und Kinder dabei hatte, zu ihr in nähere Beziehung und das Verhältnis gestaltete sich schließlich derartig, daß sich E. von Frau und Kindern trennte und mit der Geliebten zusammenlebte. Im Sommer vorigen Jahres wurde die Ehecheidung zwischen dem Ehepaare herbeigeführt. Während die geschiedene Frau mit ihren Kindern zusammenwohnte, zog E. mit der Geliebten nach der Neuen Winterfeldstraße 2. Ein halbes Jahr später ging er dann mit ihr die Ehe ein. Einige Monate darauf starb er und wurde auf dem Schöneberger Friedhof beigesetzt. Gestern Abend wohnte Frau Margarete Ehrling der Beisetzungsfeier eines Verwandten auf dem Schöneberger Friedhof bei. Als die Beerdigung zu Ende war, suchte sie noch einmal das Grab ihres früheren Mannes auf. Als sie einige Schritte von dem Hügel entfernt war, bemerkte sie ihre Rivalin, die zur gleichen Zeit das Grab ihres verstorbenen Mannes besuchte. Lautlos zog sie eine Schußwaffe unter ihrem Mantel hervor, und ehe es der Bedrohten möglich war, sich in Sicherheit zu bringen, krachte ein Schuß. Die Kugel drang der jungen Witwe in die Stirn. Am Grabe ihres Mannes sank die Getroffene besinnungslos zusammen. Sie erhob sich nach einigen Minuten und lief davon, sie brach jedoch bald wieder zusammen. In einer Droschke wurde sie sofort nach der Unfallstation in der Herberstraße gebracht. Die Kugel konnte dort jedoch nicht entfernt werden. Sie liegt tief in der Stirn fest. Nach Anlegung von Notverbänden wurde die Schwerverletzte in das Schöneberger Krankenhaus eingeliefert. Die Kaiserin wurde nach dem Bureau der Friedhofsverwaltung gebracht und dort durch die hinzugereifene Polizei vernommen. Bei ihrer Vernehmung bedauerte sie, daß sie nicht besser getroffen habe. 20 Jahre hindurch habe ihr die Rivalin Nummer und Sorgen bereitet. Mehr als den Kopf könne es ja nicht kosten, meinte sie. Sie wurde ebenfalls in einer Droschke nach dem Polizeipräsidium übergeführt. Auch dort bereute sie bei ihrer Vernehmung nicht ihre Tat.

Feuerwehrbericht. Montagnachmittag um 3 Uhr und abends um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Feuerwehr böswilligerweise nach dem Gorköter Ufer alarmiert. Leider ist es nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. Gestern früh mußte in der Raumpstr. 88 ein Brand gelöscht werden, der in einem Kohlenkeller durch Selbstentzündung von zu dicht gestapelten Kohlen entstanden war. Der 8. Zug hatte in der Reichensbergstr. 121 zu tun, wo ein Keller in Flammen stand. In der Waldfriedstr. 6 mußte ein Wohnungsbrand und in der Brüsselerstraße 3 ein Küchenbrand gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Stadtverordnetenversammlung am letzten Montag lag folgender Antrag der liberalen Fraktion vor:

- Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat:
 1. Der Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten betreffend die Erweiterung des bestehenden oder die Einrichtung eines zweiten städtischen Friedhofes;
 2. das Projekt eines städtischen Krematoriums nebst Knechtstedenhalle auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Begutachtung vorzulegen;
 3. in Gemeinschaft mit der Stadtverordnetenversammlung die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, sie wolle ihren grundsätzlichen Widerstand gegen die Feuerbestattung in Preußen aufheben;
 4. der Stadtverordneten-Versammlung baldmöglichst eine Denkschrift darüber vorzulegen, ob und in welchem Umfang eine Uebernahme des Bestattungswesens in städtische Regie angebracht ist.

Stadtv. Dr. Vohberg (Neb.) begründete den Antrag. Er weist darauf hin, daß der jetzige Friedhof höchstens noch 1 $\frac{1}{2}$ Jahre ausreiche. Es sei Sache der Stadt, an die Errichtung eines weiteren städtischen Friedhofes heranzugehen und es nicht der Kirche zu überlassen, einen Friedhof zu schaffen, denn für letztere bedeute der Friedhof nur eine fetten Frönde. Weiter ist es Pflicht der städtischen Körperschaften, die Regierung von ihrem Standpunkt betreffend die Feuerbestattung zu verdrängen, zumal bereits in elf Staaten Deutschlands die Feuerbestattung gestattet sei. Auch betreffend der Uebernahme des Bestattungswesens in eigene Regie verlange der Antrag nichts Neues. In der großen Mehrzahl der Städte in der Schweiz sei die Unentgeltlichkeit bereits eingeführt. Redner bestreitet nur, daß das in Preußen nicht möglich sei, wahrscheinlich würden dadurch alle Bürger ihr Wahlrecht verlieren. Redner empfiehlt die einstimmige Annahme der Anträge.

Stadtv. Hoffmann (Soz.) erwartet von der Versammlung, daß sie den Anträgen zustimmt. Die Stadt sei moralisch verpflichtet, Friedhöfe selbst zu errichten und dies nicht der Kirche zu überlassen. Nur auf einem städtischen Friedhof kann den verschiedenen Konfessionen Rechnung getragen werden. Die Bestattung auf kirchlichen Friedhöfen bringe viel Unannehmlichkeiten, wofür Redner einige Beispiele liefert. Bezüglich der drei letzten Punkte des Antrages hat es den Anschein, als ob bei den Liberalen doch eine Feilscherei vorherrschend sei. Die Sozialdemokratie habe bereits mehrere Male die Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens beantragt, die Anträge seien aber stets abgelehnt worden. Der Unentgeltlichkeit könne niemals der Stempel der Armerunterstützung aufgedrückt werden. Redner bezweifelt, daß die Liberalen für die Durchführung ihres Antrages sorgen werden, wenn eine derartige Vorlage kommt. Schon heute haben wir eine große Reihe von Städten, wo neun Zehntel Liberale in den Parlamenten sitzen, wo aber noch nichts in dieser Beziehung geschehen sei.

Stadtv. Vartel empfiehlt die sofortige Annahme der Anträge ohne Ausschussberatung.

Stadtv. Ritter (Soz.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Die Mehrheit könne den Anträgen getrost zustimmen, denn die Sache kostet ja nichts. Vor den Wahlen sei das jedenfalls der beste Weg. Ueberhaupt scheint ihm der ganze Antrag nur lediglich im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen gestellt zu sein. Was nützt denn eine Petition an die Regierung, ihren Widerstand gegen die Feuerbestattung aufzugeben. Die Regierung werde sich nicht in Gegenlag zur Kirche stellen, die ja ein Gegner der Feuerbestattung sei. Auch der Landtag stehe in dieser Beziehung hinter der Regierung, das Beweise die Ausschließung der Schule an die Kirche. Wer sitzt denn nun im Landtag? Wer für die Durchführung des Antrages sei, muß vor allen Dingen den Kampf gegen das bestehende Landtagswahlrecht aufnehmen. Aber hier weichen die Liberalen mutig zurück.

Stadtv. Dr. Vohberg (Neb.) wendet sich gegen die von sozialdemokratischer Seite angeführten Argumente, als wäre der Antrag nur zu agitatorischen Zwecken für die Stadtverordnetenwahlen gestellt. Seiner Meinung nach spreche aus den Ausführungen der sozialdemokratischen Redner der Reich der besitzlosen Klassen.

Die Sozialdemokratie habe es eben an eigener geistiger Arbeit fehlen lassen, daher erkläre sich die Nervosität, die dem liberalen Antrag gegenüber Platz gegriffen hat. Die Sozialdemokratie überlasse die praktische und positive Arbeit den Liberalen. Die Sozialdemokratie schimpfe nur auf alles. Die Arbeiter haben das ewige Neden endlich satt, sie verlangen mehr positive Arbeit.

Stadtv. Ritter (Soz.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Gerade die Sozialdemokratie sei es, die die alten liberalen Anträge ausgenommen hat, die von den heutigen Liberalen fallen gelassen wurden. Auch in Schöneberg habe die Sozialdemokratie eine Fülle von positiver Arbeit geleistet. Die Liberalen mögen sich erst davon überzeugen, ehe sie das Gegenteil behaupten. Redner führt eine Reihe von Beispielen an. Auch der Antrag betr. Änderung des Kommunalwahlrechts sei von den Sozialdemokraten gestellt und nicht von den Liberalen. Die Wahlrechtsfrage für den preussischen Landtag liefert den deutlichsten Beweis, was die Liberalen unter positiver Arbeit verstehen. Die Sozialdemokratie ist für die heute gestellten Anträge der Liberalen, sie zweifelt aber daran, daß die Liberalen auch für die Durchführung derselben sorgen werden.

Stadtv. Vohberg (Neb.) beantragt, nur dem ersten Teil des Antrages heute zuzustimmen, dagegen die anderen Punkte einem Ausschuss zu überweisen, denn die sofortige Annahme derselben geht doch zu weit.

Stadtv. Gottschalk (Neb.) tritt ebenfalls den Sozialdemokraten entgegen und behauptet, daß die liberale Fraktion den Antrag auf Änderung des Kommunalwahlrechts gestellt habe. Er wird aber von sozialdemokratischer Seite eines Besseren belehrt, indem ihm der Beweis erbracht wurde, daß seine Behauptungen unrichtig sind.

Stadtv. Schneider (Hausbesitzerfraktion) möchte die Anträge am liebsten sofort ablehnen, er hat aber nichts dagegen, wenn sie erst einem Ausschuss überwiesen werden. Im übrigen ergeht sich Redner in Denunziationen. Auch macht er den Liberalen den Vorwurf, daß sie die Sozialdemokraten zur Beteiligung an den Landtagswahlen ermuntern hätten.

Stadtv. Dr. Vohberg (Neb.) erklärt, daß dem Vorredner auf seine Ausführungen eigentlich nur eine Antwort gebühre, und das wäre die, die der Lehrer einem ungelegenen Schüler zuteil werden lässe.

Stadtv. Jöbel (Neb.) weist nach, daß bereits im Jahre 1904 die Stadtverordneten-Versammlung sich einstimmig für die Feuerbestattung ausgesprochen habe. Auch der Stadtv. Schneider habe damals dafür gestimmt; heute sei er dagegen.

Stadtv. Dr. Rarowitz hält es für bedenklich, den Anträgen heute sofort zuzustimmen, ohne daß von dem Gegner die Gründe dagegen vorgebracht werden. Die Sozialdemokratie könne nicht mehr ermutigt werden, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen, als durch die Angst, die auf bürgerlicher Seite gegen diese Beteiligung herrscht. Man braucht nicht Sozialdemokrat zu sein, um aus vollem Herzen eine Beteiligung der Sozialdemokratie zu wünschen. Nachdem man sich noch längere Zeit über die geschäftsordnungsmäßige Abstimmung auseinandergesetzt, gelangte der erste Teil des Antrages einstimmig zur Annahme, während die übrigen Punkte einem Ausschuss überwiesen wurden.

Eine Anfrage, ob und wann die Einrichtung eines Schnellbahnverkehrs für Schöneberg zu erwarten ist, wird der nächstfolgenden Sitzung überwiesen.

Angenommen wird ein Antrag, monach der Magistrat ersucht wird, Erwägungen darüber anzustellen, ob die Errichtung eines zweiten Standesamts notwendig ist.

Angenommen wird ferner der Antrag, die städtischen Kassen anzuhängen, bis zum 29. September 1908 noch Thalerstücke in Zahlung zu nehmen.

Der feinerzeit auch von den Liberalen gestellte Antrag, für die städtischen Arbeiter eine Betriebskrankenkasse einzurichten, wird auf Antrag des Ausschusses so lange vertagt, bis die Krankenversicherungsangelegenheit durch Reichsgesetz neu geregelt ist.

Längere Zeit nahm dann noch die Festsetzung der Reisekostenentschädigung bei Dienstreisen ein. Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, der eine Gleichstellung des Fahrgebühres für alle Gruppen verlangte, wurde den Anträgen des Ausschusses zugestimmt; nach denselben werden die Entschädigungen nach Rang und Stellung abgestuft. Nach der Meinung der Mehrheit ist es eben ein unwürdiges Verlangen, wenn die höheren Beamten gemeinsam mit den mittleren oder unteren Beamten ihre Dienststreifen juridizieren müssen.

Schluss 11 Uhr abends.

Das Schulwesen hat bekanntlich in der letzten Schöneberger Stadtverordnetenversammlung lange Erörterungen erfahren; aber nicht die Gemeindefschulen waren es, die diese Debatten herbeiführten, sondern die höheren Schulen. Es ist ja bekannt, aus welchem Grunde gerade den höheren Schulen ein reges Interesse von unserer städtischen Verwaltung entgegengebracht wird und weshalb gerade hier keine Opfer gescheut werden. Es gilt, durch den Ausbau des höheren Schulwesens einen Einfluß auf die Dehauung Schönebergs nach der Richtung hin auszuüben, nur Wohnungen für ein heuerkräftiges Publikum zu schaffen. Das Oberhaupt der Stadt hat ja vor gar nicht zu langer Zeit offen zugegeben, daß nicht Bildungsbestrebungen den Magistrat bei Schaffung höherer Schulen leiteten, sondern nur der Drang, feuerkräftige Leute nach Schöneberg zu ziehen.

Ganz anders steht es mit dem Gemeindefschulwesen. Hier will es gar nicht vorwärts gehen. Sogar die Schulanzahlordnung muß herhalten, um Ersparnisse zu machen. Um einer höheren Besoldung der Schulärzte aus dem Wege zu gehen, soll die Tätigkeit der Schulärzte etwas eingeschränkt werden. Auch die Besoldungssätze der einzelnen Gemeindefschulklassen zeigen das alle Bild. Trotzdem mehrfach Versprechungen gemacht worden sind, die Schülerzahl der einzelnen Klassen herabzusetzen, geschieht in dieser Beziehung so gut wie gar nichts. Im Gegenteil, es mußte dazu gegriffen werden, die Zahl der sitzenden Klassen zu erhöhen. So war es im April dieses Jahres und so sieht es auch jetzt aus.

Neben dem Mangel an Schulräumen scheint jetzt nun auch noch ein Mangel an Tischen und Bänken eingetreten zu sein. Ein Bild davon gibt uns das Schicksal einer Gemeindefschulkasse. Am Tage des Schulantritts fehlten verschiedene Tische und Bänke. Am Tage darauf waren es sogar noch weniger geworden, wahrscheinlich wollte man damit in anderen Klassen die Lücken verstopfen. Die Kinder dieser Klasse mußten sich zum großen Teil auf ihre Schulmappen setzen. Am dritten Tage sah es noch genau so aus. Der Schuldienner wurde auf die Suche nach einem anderen Klassenraum geschickt, der vielleicht auf eine Stunde frei wäre. Er fand auch einen solchen. Die Kinder nahmen nun hier Platz. Nach einer Stunde mußten sie diesen Raum aber wieder verlassen. Jetzt wurden die Kinder zwei anderen Klassen zugeteilt; die eine Hälfte ging zu dem Lehrer B., die andere Hälfte zu dem Lehrer R. Nach übermäßigem Verlauf einer Stunde wurden die Kinder von ihrem eigentlichen Lehrer, Herrn M., zurückgeholt; man vertrieb sich jetzt die Zeit mit Spielen auf dem Schulhofe. Die weiteren zwei Stunden kamen denn die Kinder wieder nach einer anderen Klasse. Der Lehrer erklärte seinen Schülern, wenn es nicht anders wird, dann müßten sie nach dem Tempelhofer Felde gehen.

Wahrlich, nette Zustände! Ob es in den höheren Schulen ebenso aussieht?

In der Generalversammlung der Zahlstelle Schöneberg des Deutschen Holzarbeiterverbandes erstattete der Kassierer den Bericht vom III. Quartal. Danach betragen die Einnahmen der Hauptkasse 1907,14 M., die Ausgaben 2093,22 M. Die Einnahmen der Lokal-kasse betragen 3642,68 M., die Ausgaben 3080,71 M. Der vom Verbandspräsidenten beglaubigte Antrag, in Wilmsdorf einen Ortsverein einzusetzen, wurde angenommen; derselbe soll gleichzeitig die Wilmsdorfer Kollegen in der Verwaltung vertreten. Gewählt wurde Mohr. Zum Schluss machte der Bevollmächtigte auf die in den Lokalen von E. Döhl, Reiningerstr. 8, S. Wöhl, Wahnstr. 19, und im Luisenpark, Wilmsdorf, Wilhelmstraße, sich befindenden Zahlstellen sowie auf die am Sonnabend, den 2. November, stattfindenden Stadtverordnetenwahlen aufmerksam.

Nizdorf.

Bei der letzten Theateraufführung des Wahlvereins Nizdorf am 20. d. M. wurde ein Spazierstock in der Garderobe vom Garderobier verhehentlich einem anderen Theaterbesucher ausgehändigt; wir ersuchen denselben, ihn in der Expedition, Nizdorf 2 abzugeben. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulweg.

Ueber die polizeiliche Ueberwachung von Vereinsversammlungen beklagt sich in einer Zuschrift an die „Volkse-Zeitung“ der hiesige „Freisinnige Volksverein“. In der Zuschrift wird darauf hingewiesen, daß seit Beginn der Amtsführung des jetzigen Amtsverwalters und Bürgermeisters Schablow die eigentümliche Verfolgung herrsche, alle Vereinsversammlungen des Freisinnigen Volksvereins überzuwachen zu lassen. Dies sei in der letzten Sitzung lebhaft zur Sprache gekommen.

Es ist doch eigentümlich, daß sich die Mitglieder des Freisinnigen Volksvereins über die polizeiliche Ueberwachung so entrüsten können. Galten es doch sonst die freisinnigen und andere bürgerliche Vereine für notwendig, daß die sozialdemokratischen Versammlungen überwacht werden. Wenigstens haben wir noch nicht vernommen, daß man sich im freisinnigen Lager über die polizeiliche Ueberwachung in unseren Versammlungen entrüstet hätte. — Es wäre daher nicht mehr wie recht und billig, daß sich der Freisinnige Volksverein in Treptow-Baumschulweg gegen die mehr als überflüssige polizeiliche Ueberwachung nicht nur ihrer Versammlungen, sondern gegen die polizeiliche Ueberwachung überhaupt, bei welcher Parteirichtung dieselbe auch ausgeübt wird, wenden würde. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Polizeibeamten zu etwas Nützlicherem verwendet werden könnten, als daß sie ihre Zeit in Versammlungen toschlagen. Wenn jemand sich beschwert fühlen könnte, vom „Auge des Gesetzes“ allzusehr bewacht und in der Abwicklung der Geschäfte oft unnütz beschäftigt zu werden, so sind es die Treptow-Baumschulweg Genossen. Es gab fast keine Versammlung mehr, in der nicht ein polizeilicher Spion eintrat. Indes haben sich unsere Genossen noch allemal mit der Polizei abzugeben gewußt, ohne ihren Tränenströmen Gewalt anzutun. Unsere Bekrethungen sind weder der Bürgermeister Schablow, noch die ihm unterstellte Polizei zu behindern imstande.

Schwargendorf.

Ueber: „Hat die Arbeiterklasse im heutigen Staate Gleichberechtigung?“ sprach in einer im Restaurant Café Wein tagenden Volksversammlung Genosse Eugen Brückner. Berlin. Ausgehend von der Fabel der gesicherten Existenz der Arbeiter bis ins hohe Alter stellte er die hohen Gehälter und Lantienmen der Ausschüsse und Direktoren der großen Banken und Gesellschaften den niedrigen Löhnen gegenüber, die die Arbeiter für ihre anstrengende Kraft und Gesundheit vergebende Arbeit erhalten. Er zeigte an statistischem Material, wie ungleich die direkten und indirekten Steuern auf Arme und Reiche verteilt sind. Für Kulturzwecke, Schulen usw. wäre kein Geld vorhanden, aber für Heer, Marine, Kolonialabenteuer und in Zukunft auch für Luftfahrzeuge würde das Geld direkt in die Luft geworfen. Redner kritisierte alsdann unsere heutige Klassenjustiz und zeigte am Prozeß Niedlstedt, wie jede freie Kritik unterdrückt werde. Redner sprach die Ueberzeugung aus, daß gerade durch diesen Prozeß die Agitation und Aufklärung in Haus und Familie stärker einsehen werde wie je zuvor. Nach einem Streifblick auf die preussische Wahlrechtsbewegung forderte er die Anwesenden auf, die Reihen zu schließen und in fester Organisation die schwersten Mängel in unserem heutigen Klassenstaate beseitigen zu helfen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. In der Diskussion ergänzten mehrere Redner die Ausführungen des Referenten.

Wrig-Budow.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm am Dienstag den Vorstandsbericht entgegen. Danach haben im letzten Vereinsjahr 6 Vereinsversammlungen, darunter eine in Budow, stattgefunden. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 276. Einer Einnahme von 218,18 M. steht eine Ausgabe von 61,06 M. gegenüber; dem Reize wurden 145,44 M. überwiesen. Hierauf gab Genosse Bloch einen eingehenden Bericht über den Essener Parteitag. An der sich anschließenden regen Diskussion beteiligten sich die Genossen Baumgarten, Schröder, Ernst, Prenzlow, Kimmrich, Handel, Raab und Soldner. Es wurde zwar an einzelnen Punkten Kritik geübt, jedoch dem Ergebnis des Parteitages zugestimmt. Dies wurde auch in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht.

Nowawes.

„Auch die Genossenschaftsbewegung ein Klassenkampf“ war das Thema, das Genosse Peus in einer vom Gewerkschaftskomitee nach dem Singsingen Lokale einberufenen Volksversammlung behandelte. Redner legte in seinem Vortrage dar, wie notwendig es sei, daß, wenn die Arbeiterklasse nicht zwischen produktivem Kapital und Warenvertriebskapital der unentgeltlichen Ausbeutung preisgegeben werden sollte, sie sich genossenschaftlich organisieren müsse. Es handele sich jetzt schon nicht mehr um einen Kampf zwischen der ihre Konsumkraft organisierenden Arbeiterklasse und dem an seinem Profit hängenden Kleinhandeltum; vielmehr sei es das Monopolkapital, das in mancherlei Gestalt, nicht nur als Warenhaus, sondern als Preisverträge bestehende Warenartikelfabrikanten usw. den Warenvertrieb bis dicht an den Konsumenten in seine Gewalt zu bekommen suche, um dadurch einerseits den produzierenden Arbeitern möglichst niedrige Löhne, aber den Konsumenten möglichst hohe Preise diktieren zu können. Es sei deshalb Pflicht der Arbeiterklasse, sich nicht nur politisch und gewerkschaftlich, sondern auch genossenschaftlich zu organisieren. Zum Schluss nahmen die Versammelten eine Resolution an, in welcher sie gemäß den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses wie auch in Anerkennung der Beschlüsse des österreichischen Parteitages sich der genossenschaftlichen Organisation anzuschließen verpflichteten.

Aus Industrie und Handel.

Hohe Gewinnziffern.
Keine Preiserhöhung „beglückt“ die Konsumenten, ohne daß die Preistreiber die Schmerzmildernde oder häßterbedende Zuficherung mit auf den Weg geben, die Ausschläge seien infolge der enorm gestiegenen Löhne unerlässlich geworden. Bei Humanisten und anderen Menschen- und Arbeiterfreunden mag solche Zuficherung den Werger über die fortgesetzten Preissteigerungen mildern, bei den Spielern und sonstigen Ordnungshelnden löst jene wahrheitswidrige Behauptung aber nur Haß und Reid aus. In ihrer Kurzsichtigkeit machen jene Elemente den Arbeiter verantwortlich für ihre eigene, vielleicht nicht beneidenswerte Lage, die ebenso eine Folge der neuzeitlichen Zoll- und Kartellpreispolitik ist, wie die schlechte Lage der Arbeiter. In den letzten Jahren sind durch Zollsteigerungen, Steuererhöhungen, organisierte Preistreiber der Kartelle und Ringe und Steigerung der Grundrente, die Haushaltungskosten derart hinaufgezogen, daß die Arbeiter in den erzielten Lohnzulagen, die dazu in den meisten Fällen aus vermehrter Leistung resultieren, für jene Mehrkosten kaum einen Ausgleich finden. Nicht Lohn-erhöhungen waren der Hebel, der die Preise hochhob, umgekehrt wird ein Schuh daraus: die allseitigen Preissteigerungen zwingen den Arbeiter, Lohnhöhungen zu verlangen. Die letzten Geschäftsbereichte der großen Kohlen- und Eisenwerke beweisen ja auch, daß die nun noch neuerdings vorgenommenen Preisausschläge gar keine Berechtigung haben. Das industrielle Kapital erfreut sich einer sehr guten Verzinsung. Ja, die Verzinsung ist auch dann noch als sehr gut zu bezeichnen, wenn man den Durchschnitt der letzten

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Rittwoch, den 23. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. *Rigoletto*.
Königl. Schauspielhaus. *Der letzte Junke*.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Frühling's Er-machen. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. *Judith*.
Neues Königl. Opernhaus.
Nägelblut.
Festung. *Rosa*.

Schiller O. (Schiller-Theater).
Weg von Verlichingen.
Schiller Charlottenburg. *Der Herr Senator*.
Berliner. Pastor'sohn.
Theater an der Spree. *Telephon-geheimnisse*.

Friedrich-Wilhelmstädt. *Schau-spielhaus*.
Neues. Die Bassen wieder!
Aleich. Vater und Sohn.
Lortzing. Hans Heiling.
Komische Oper. Hoffmann's Er-zählungen.
Wespen. Die lustige Witwe.

Künstspielhaus. *Jularensieder*.
Reibung. *Ganz der Papa*.
Trionon. *Fräulein Josette — meine Frau*.

Thalia. *Ihr Sech's-Uhr-Dinzel*.
Central. *Unsere blauen Jungens*.
Luisen. Die beiden Reichenmüller.
Bernhard Rose. *Undine*.

Metropol. *Das muß man seh'n!*
Apollo. *Die Herren von Maxim*.
Waldhalla. *Spezialitäten*.
Folies Caprice. *Geteilte Liebe*.
Casino. *Die wilde Jagd*.

Gebr. Herrnfeld. *Die erfolgreichsten*
Lach- & Komödien
:: seit 17 Jahren ::
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske, Lust
von L. Thal.

Es lebe das Nachtleben!
Separat-Bühne in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Gayfish geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Kajino-Theater.
Lottfingstr. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis 30. Oktober.
Die wilde Jagd.
Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda.
Am 31. Oktober zum erstmalig:
Siederente.
Sonntag nachm. 4 Uhr: *Rid Carter*.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Zum 32. Male:
Geteilte Liebe
Kassibekonten — Unter Teil.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Oranienstr. 10.
Der Lumpensammler von Paris.
Charaktergemälde aus dem Volkleben.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Freitag 3. erstmalig: *Das Rätsel*
seiner Ehe.

Zahnärztliche Klinik
106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.
Zahnärztliche unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Glomphen u. d. Vers-lagen berechn. — Geöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 883*

Möbel
Bürgerliche
Wohnungs-
Einrichtungen.
Einzelne Möbel.
Entgegenkommende Zahlungsweise.
„ALLE TAGE ANDERS“
direkt am Noltebeck-Platz 5837L*
Pank-, Gericht- und Reinickendorfer-
Straßen-Ecke.

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spaniauerbrücke 3, besucht???

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn,
Doppelsterne, Nebelreste.

8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Marx und
Desvallières. Deutsch v. N. Schönau.
Baron des Rubraß: A. Alexander.
Sonntag, 27. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Der Schlafwagenkontrolleur.

Theater an der Spree
7 1/2: Köpenickerstraße 68. 7 1/2:
Abends 8 Uhr:
Telephon-Geheimnisse.
Schwank mit Gesang in 3 Akten.
Täglich 8 Uhr:
Telephon-Geheimnisse.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurterstr. 132.
Spree-Athener
von Schwarz-Weißingen.
Anfang 8 Uhr.
Böhmischer Apres.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollaender. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.

G. Thierscher a. D., F. Massary
B. Darmand a. D. E. Whithney a. D.
Bender, Giampietro, Josephi
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 27. Okt., nachm. 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Das kolossale Programm.
Um 9 1/2 Uhr:
Berlins größte Sensation:
Sylvester Schäffer jr.
der weltberühmte Universalakrobat.

WINTERGARTEN
Anfang 8 Uhr.
Vorletzte Woche
Ruth St. Denis
Glänzendes Programm.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Danny
Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Sanssouci
Kottbusor-
Straße 6.
Dir.: Wilhelm Kolmer.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nordl. Sänger
u. Tanzkränzen.
Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 1/2.
Worgen:
Große Elite-Soiree. Tanz.
Freitag: *Gastspiel der
Berliner Volksbühne.*
Vollständige Preise.

Wahalla-
Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische
16 Springer
16
Edi Blum,
der beliebte Komiker.
12 internationale Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Tunnel: Konzert f. Theaterbes. frel.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Schiller-Theater).
Rittwoch, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von
Johann Wolfgang v. Goethe.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Schiller-Saal — Schiller-Theater Charlottenburg.
Abends 9 Uhr: Vortrag Dr. Max Osborn: *Hans Thoma*.
Mit Bildbldern.
Freitag 9 Uhr: Vortrag Dr. Leopold Hirschberg: *Peter Cornelius*.
Erläutert durch Instrumentalmusik. Komponisten der Neuzeit.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Rittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz
v. Schönthan u. Gustav Kadelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Hermannschlacht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Sonnabend, den 26. Oktober 1907,
im großen Saale der Neuen Welt, Hasenheide:

Herbst-Fest
unter Mitwirkung des
„Berliner Sinfonie-Orchesters“
49 Künstler, Kapellmeister Maximilian Fischer.

Millöcker-Abend.
Mitwirkende:
Fr. Lisa Becker (Alt), Fr. Marg. Joseph (Sopran),
Hr. Ernst Grenzbech (Bariton) und Hr. Amadeus
Wandelt, Pianist.

Nach dem Konzert: Ball bei doppeltem Orchester.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf.
Anfang präz. 8 1/2 Uhr. Billett 30 Pf.
Kinder unter 10 Jahren kein Eintritt. X Die Saaltüren
werden während des Konzerts geschlossen. X Getränke
werden nur in den Pausen verabfolgt. X Programm gratis.
X X X X Rauchen nicht gestattet. X X X X

Billets sind für unsere Mitglieder und deren Angehörige
in allen Zahlstellen und in der Parteispedition, Neckar-
straße 2, zu haben.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Sonntag, den 3. November,
nachmittags präzise 2 3/4 Uhr,
in Gröplers Festhallen, Bergstraße:
Die Kreuzelschreiber.
Bauernkomödie in drei Akten von Ludwig Anzengruber.
In Szene gesetzt von Julius Türk.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.
235/20
Kinder haben keinen Zutritt.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Große Vorstellung.
Neu! Neu! Neu!
Geschw. Amato.
Vermette Carpatii - Truppe.
Um 9 1/2 Uhr:
Auf der Hallig.
Dies. gr. Ausstattung - Pantom.
des Zirkus Busch in 4 Bildern.
Im letzten Bilde: *Das
Phänomen der tauchen-
den Sirenen*, 15 Minuten
unter Wasser!
Vorher das gr. Programm.

Rixdorfer Theater
Bürgerstr. 147, Bergstraße Nr. 147.
Rittwoch, den 23. Oktober 1907:
Zum 2. Male:
Die Geschwister
Salome von Oskar Wilde.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Zentrums.
Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.
Bis früh um Fünfe
v. Keen u. Lipphardt, Musik v. P. Rinde.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Sonntag, den 3. November, 1/8 8 Uhr:
Kunst-Abend.
Leitung: Margarete Walkotte.
Mitwirkende:
Emil Richard, königl. württemberg. Hofschauspieler,
bedeutendster Dialekt-Humorist der Jetztzeit.
Kun Arpad, der 12jähr. Violinvirtuos. Fr. Dibbern, Konzerts-
sängerin. Marg. Walkotte. Flügel: Herr Bernh. Nitzsch.
Entree 60 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Engel-Ufer 15.
Abendkasse 75 Pf. 298b*

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spaniauerbrücke 3, besucht???

Freie Volksbühne

Die nächsten Abendvorstellungen
Freitag, 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, Freitag:
Lortzing-Theater
Luisen-Theater
1. Operenvorstellung: **Bartel Turaser.**
Undine. | **Bartel Turaser.**
23. (III.) Abendabteilung. 22. (II.) Abendabteilung.

Zu den beiden Abendvorstellungen
haben die Mitglieder sämtlicher Nach-
mittagsabteilungen Zutritt gegen Zah-
lung des Beitrages von
1 Mark.
Mitgliedskarten sind in allen Zahlstellen zu haben.

Die Zahlstellen des Vereins sind:
N.: Ernst Boyer, Veteranenstr. 13. H. Roloff, Wörther-
straße 31. A. Charlet, Ackerstr. 154. Paul Mazanke, Pank-
straße 13. R. Vogel I, Lortzingstr. 37. K. Opitz, Lymanstr. 2.
K. Wiesenhal, Ackerstr. 123. A. Tietz, Invalidenstr. 124
(Stettiner Bahnhof). Kriedemann, Stargarderstraße 74. —
NO.: Franz Niemoeyer, Weberstr. 19. J. Reul, Barnimstr. 42.
— O.: P. Horsch I, Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus).
G. Vogel II, Koppenstr. 83. P. Gummich, Frankl. Allee 90.
W. Henze, Petersburgerstr. 34. — SO.: A. Böttger I, Ska-
litzerstr. 107. Friedrich, Mariannenstr. 5. L. Tolksdorf,
Gröbnerstr. 58. Karl Scholz, Wrangelstr. 110. — S.: Paul
Haase, Kottbuser Damm 4. Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a.
W. Börner, Ritterstr. 15. F. Meyer, Dresdenstr. 128/129.
— SW.: Wilhelm Krüger, Belle-Alliancestr. 74a. Mudora-
bach, Lindenstr. 59. P. Ohnesorge, Markgrafenstr. 102.
A. Böttger II, Zossenerstr. 30. — W.: Wiemers, Bülowerstr. 59.
G. Moldenhauer, Barbarossastr. 64. — NW. (Moabit): Paul
Horsch II, Charitéstr. 3. Lamprecht, Putzstr. 10. — C.:
H. Ramm, Stralauerstr. 3-6. Alb. Löwenberg, Neue Schön-
hauserstr. 18. Clasen, Gipsstr. 27. G. Weinhacht, Grünstr. 21.
— Rixdorf: F. Henning, Zietzenstr. 69. — Charlottenburg:
F. Schmidt, Wilmersdorferstr. 130. — Wilmersdorf: E. Meyer,
Uhländerstr. 97. — Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42. —
Ober-Schönwalde: H. Knappe, Reulouxstr. 22. — Tegel:
Johann Lauer, Berlinerstr. 92. 290/9

Gebr. Herrnfeld-
Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Lach- & Komödien
:: seit 17 Jahren ::

Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske, Lust
von L. Thal.

Es lebe das Nachtleben!
Separat-Bühne in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Gayfish geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Kajino-Theater.
Lottfingstr. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis 30. Oktober.
Die wilde Jagd.
Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda.
Am 31. Oktober zum erstmalig:
Siederente.
Sonntag nachm. 4 Uhr: *Rid Carter*.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Zum 32. Male:
Geteilte Liebe
Kassibekonten — Unter Teil.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Oranienstr. 10.
Der Lumpensammler von Paris.
Charaktergemälde aus dem Volkleben.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Freitag 3. erstmalig: *Das Rätsel*
seiner Ehe.

Zahnärztliche Klinik
106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.
Zahnärztliche unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Glomphen u. d. Vers-lagen berechn. — Geöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 883*

Möbel
Bürgerliche
Wohnungs-
Einrichtungen.
Einzelne Möbel.
Entgegenkommende Zahlungsweise.
„ALLE TAGE ANDERS“
direkt am Noltebeck-Platz 5837L*
Pank-, Gericht- und Reinickendorfer-
Straßen-Ecke.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:

Paula Duvals
Quintette-Dressur.
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reifall
Poffe.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kurt im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Wochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Buggenhagen
Wochenspiel.
Täglich Vorstellung
Das neue Oktober-
Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntags 7 Uhr. (Sonntags
recheriert 1 M., Entree 50 Pf.)
Familienbillets a 40 Pf.
Unter
täglich **Militär-Konzert**.
Beder, Freywardt, Görlitz,
Neumann, Offene und täglich

Gerichts-Zeitung.

Mord oder Totschlag?

Das blutige Ehedrama am Tegeler Weg, welches schon einmal die Strafkammer in einer längeren Sitzung beschäftigt hatte, gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zur Verhandlung.

Der Anklage liegt ein Vorfall zugrunde, der sich in dem unbebauten und wenig belebten Teil des Tegeler Weges in Charlottenburg am 16. Dezember v. J. abgespielt hatte.

Rummehr wurde es klar, daß sich hier ein blutiges Drama abgespielt hatte. Er benachrichtigte durch einen des Weges kommenden Radfahrer das zuständige Polizeirevier in Charlottenburg, von dem nach kurzer Zeit der Reviervorstand mit mehreren Beamten erschien.

Augenscheinnahme

Hatte folgendes Ergebnis: Vor dem Baum lag ein blutbespritzter Regenschirm, in einiger Entfernung von diesem lag in einer großen Wulst die Frau des Angeklagten, die eine furchtbare Verletzung aufwies.

Verletzungen am Halse des Angeklagten

waren ebenfalls schwerer Natur. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Verletzte als Polizeigefangener nach der Igl. Charité übergeführt.

In seiner

gestrigen Vernehmung

gab der Angeklagte in längeren Ausführungen eine Schilderung seines ganzen Vorlebens und seiner Ehe, die er als eine sehr unglückliche bezeichnet.

Der Vorsitzende bemerkt im Anschluß daran, daß der Angeklagte nach einer Aussöhnung wegen dieses Vorfalles wiederholt seine Ehefrau geprügelt, sie mit Füßen getreten und mit einem Weil bedroht habe.

Der Angeklagte erklärt in seiner Vernehmung weiter, daß er nur dann gegen seine Frau tätig geworden sei, wenn sie es verdient habe.

zu einem unter dem Spitznamen „Drotmarie“ bekannten Fräulein Wenger gezogen. Es sei ihm bald zu Ohren gekommen, daß hier alles Mögliche geschehe, was das Tageslicht sehe.

Nach einer ausgedehnten Beweisaufnahme verneinten die Geschworenen die Frage wegen Mordes, bejahten hingegen die Frage des Totschlages.

Wie man Abbruchkosten zu ersparen sucht.

Vom Landgericht Färth ist am 20. Juni der Zimmermeister Georg Kuenlein wegen Aufforderung zur Brandstiftung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Leis- und Distriertklub „Heinrich Heine“. Heute Abend Sitzung bei Bolze, Robenbergerstr. 8. Gäste willkommen.

Leis- und Distriertklub „Eintracht“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Bee, Gohlstr. 10/11. Vortrag. Gäste willkommen.

Leis- und Distriertklub „Karl Marx“. Heute Abend Sitzung bei Grentsch, Utestr. 9. Vortrag. Gäste willkommen.

Leis- und Distriertklub „Zukunft“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Tolsdorf, Götterstr. 58. Sitzung. Gäste willkommen.

Vorabend der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Richter. Donnerstag, den 24. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Berlinerstr. 14: Versammlung. Vortrag.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für Arnswalde-Friedberg. Arbeiter, Handwerker, Parteilosen, sowie alle hier arbeitenden und wohnenden Banhandwerker aus dem Kreise! Heute Abend 8 1/2 Uhr: Besondere Versammlung bei Boeker, Bedersstraße 17.

Jünglings-Kleidung

Norfolk-Anzüge

aus modernen Lodenstoffen 24.- 21.- 18.- 8 M. 15.- 12.- 10.-

Jackett-Anzüge

Neuzeitige Fassons und Stoffe 32.- 27.- 24.- 21.- 10 M. 18.- 15.- 12.- 11.-

Ulster u. Paletots

Schöne Moden und Stoffe 38.- 30.- 27.- 24.- 9 M. 21.- 18.- 15.- 12.-

Joppen und Hosen

zu sehr niedrigen Preisen.



Knaben-Kleidung

Blusen-Anzüge

Moderne Cheviots und Formen 15.- 12.- 9.- 2 M. 50 7.- 5.- 4.-

Kieler Anzüge

mit langen Hosen Guter blauer Cheviot Größe 1. 5 M. Jede weitere Größe 50 Pf. mehr.

Ulster u. Paletots

Reizende kleidsame Fassons 30.- 18.- 16.- 14.- 5 M. 12.- 10.- 8.- 6.-

Blusen und Hosen

zu sehr niedrigen Preisen.

Advertisement for Josetti cigarettes, featuring an illustration of a man and a woman and a list of three things necessary for the production of the best cigarettes.

Advertisement for Baer Sohn clothing store, listing various types of clothing and their prices, and providing the store's address and contact information.

Advertisement for a dental clinic, offering services like teeth for 2 Mk. and dental repairs, with the address Kommandantenstraße 72.

